:antifaschistische nachrichten

Nr. 24

g 3336 21.11.2002 18. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

München: Wieder Nazikundgebung

Am 16. November gab es erneut eine Nazikundgebung in München. Der Protest dagegen war klein, aber munter.

Von 15-18 Uhr hielten knapp hundert Neonazis am Karlsplatz/Stachus ihre – inzwischen leider wöchentlich stattfindende – Kungebung ab. Sie versteckten sich hinter Pappschildern und skandierten „Ruhm und Ehre der deutschen Wehrmacht" etc. Diesmal hatten sie auch einen Lautsprecherwagen mit, trotzdem gingen ihre Durchsagen zumeist unter den Pfeifkonzerten der anwesenden AntifaschistInnen unter.

Insgesamt wirkten die Faschisten recht müde – jede Woche für ‚den Führer' in der Kälte stehen, strengt wohl ziemlich an – was jedoch durch den „munteren" Polizeieinsatz wettgemacht wurde. So nahmen die zahlreich anwesenden Polizisten ca. 20 Personen in Gewahrsam. Als einige AntifaschistInnen ein weißes Transparent um die Umzäunung der Kundgebung spannten, um die Sicht auf die Nazis zu erschweren, rissen es Polizisten herunter. Offensichtlich bereitet die Polizei für den Naziaufmarsch am 30. November (auch da ist wieder ein Aufmarsch geplant – siehe Seite 5) einen kompromisslosen Kurs vor.

Zu fragen bliebe noch, wo die meisten Münchner AntifaschistInnen waren, denn gekommen waren nicht eben viele. Meinem Eindruck nach kam der Protest vor allem von shoppenden Kids, die eher zufällig am Karlsplatz vorbeigingen und den Nazis trotzdem ordentlich eingeheizt haben.

Bleibt zu hoffen, dass sich am 30.11. genug Leute finden, die sich den Nazis in den Weg stellen.

Quelle. www.indymedia.de ■

Aus dem Inhalt:

Verwendung von „Ruhm und Ehre der Waffen-SS" bald strafbar?

Beschwerde der Staatsanwaltschaft Karlsruhe erfolgreich

Die Verwendung der Losung „Ruhm und Ehre der Waffen-SS" ist strafbar. Dies hat am 15. November der 1. Strafsenat des Oberlandesgerichts Karlsruhe entschieden und damit eine anderslautende Entscheidung des Landgerichts Karlsruhe vom 8.5.2002 aufgehoben.

Diese Instanz hatte die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen einen 25-jährigen Studenten und einen 26-jährigen Handwerker abgelehnt und damit eine Anklage der Staatsanwaltschaft Karlsruhe vom 8.2.2002 zurückgewiesen. Beiden wird hierin vorgeworfen, auf ein von ihnen in Karlsruhe betriebenes sog. „nationales Infotelefon" als Bandansage im Anschluss an verschiedene Veranstaltungshinweise der rechten Szene die Parole „Ruhm und Ehre der Waffen-SS" aufgesprochen und hierdurch Kennzeichen einer verfassungswidrigen Organisation nach § 86a Abs. 2 Satz 2 StGB verwendet zu haben.
Eine Strafbarkeit dieses Verhaltens hat die Strafkammer aus Rechtsgründen verneint, weil die benutzte Parole keinem tatsächlich gebrauchten Kennzeichen der Waffen-SS oder einer sonstigen ehemaligen nationalsozialistischen Organisation zum Verwechseln ähnlich sei.

Anders nun der 1. Strafsenat

Die Parole „Ruhm und Ehre der Waffen-SS" sei nämlich nach der konkreten Art ihrer Benutzung der Parole „Blut und Ehre" der Hitlerjugend zum Verwechseln ähnlich i.S.v. § 86 a Abs. 2 Satz 2 StGB. So seien die Begriffspaare "Ruhm und Ehre" und "Blut und Ehre" in sprachlicher Hinsicht nahezu identisch. Auch inhaltlich verkörperten beide glorifizierende Werte und vermittelten damit Symbolgehalte, denen in der Propaganda der NS-Zeit erhebliche Bedeutung zugekommen sei, heißt es in der Entscheidung. Diese Ähnlichkeit werde auch nicht dadurch aufgehoben, dass dem Begriff „Ruhm und Ehre" die Ergänzung „...der Waffen-SS" angefügt worden sei. Dies führe nämlich nicht dazu, dass die Parole ihre Nähe zu jener der Hitlerjugend verlöre. Denn die Verwechslungsgefahr entfalle nicht dadurch, dass in der Parole in Abweichung zur Originallosung ein Bezug zu einer anderen, in gleicher Weise verfassungswidrigen Organisation hergestellt werde.



Immer wieder bei Naziaufmärschen zu sehen – zuletzt im Oktober in München

Auch die konkrete Art der Benutzung in Form einer Losung spreche für eine Strafbarkeit, so der Senat. Die Bandansage habe nämlich ansonsten nur Veranstaltungshinweise enthalten und habe sich nicht etwa mit der Geschichte der Waffen-SS auseinandersetzen wollen. Werde die Parole aber – wie in den letzten Jahren vermehrt geschehen – in erster Linie als ein die gemeinsame Gesinnung repräsentierendes Erkennungssymbol der rechten Szene verwendet, so könnten sich die Verwender insoweit nicht auf den Schutz der Meinungsfreiheit berufen.

Das Landgericht Karlsruhe muss nun eine Hauptverhandlung in dieser Sache anberaumen. Ein Termin hierfür steht noch nicht fest. ■

Quelle: Oberlandesgericht Karlsruhe, Beschluss vom 15.11.2002 - 1 Ws 179/02

„Junge Deutsche“ in Fulda

FULDA. Die „Deutsche Partei“ unter dem Bundesvorsitz von Heiner Kappel (ehemals FDP-MdL, dann Bundesvorsitzender des mittlerweile aufgelösten „Bund Freier Bürger“) hat in Fulda einen Jugendverband gegründet. Dieser fungiert unter dem Namen „Junge Deutsche“ und dem Motto: „mutig - ehrlich - frei“. Ein Freundeskreis, eine kostenlose Mitgliedschaft und weitgehende Unabhängigkeit von der Mutterpartei sollen Jugendliche zur Mitarbeit locken. Angedacht wurde bei dem Gründungstreffen auch die Gründung einer eigenen „Akademie“. Eine enge Zusammenarbeit wurde mit der „Freiheitlichen Jugend“ der FPÖ in Österreich vereinbart. Der Bundesvorstand besteht aus Marcel Krenze als Vorsitzenden, Dennis Makarewitsch als Stellvertreter und Oliver Lotze als Bundesschatzmeister. Inhaltlich wollen sich die „Jungen Deutschen“ mit Themen der inneren Sicherheit, der Bildung und der Familienpolitik befassen. Im Mittelpunkt soll dabei die geistige Erneuerung Deutschlands stehen. *hma* ■

Rassistische Übergriffe in Moskau

RUSSLAND/GUS. Die Konsulate der GUS-Republiken Aserbeidschan, Armenien, Georgien, Kasachstan, Kyrgystan, Tadschikistan und Usbekistan haben in einem Brief an die Konsularabteilung des russischen Außenministeriums ihre Besorgnis darüber geäußert, dass BürgerInnen ihrer Länder in Moskau und anderen Städten unter den zunehmenden Angriffen von rassistischen Skinheads zu leiden haben. Vor allem aus Moskau habe es in letzter Zeit vermehrt Berichte über die Aktivitäten neofaschistischer Jugendgruppen gegeben. „Das inadäquate Verhalten“ von Skinheads gegen „nichtslawische Personen“ stelle „eine Gefahr für die Gesundheit und Sicherheit unserer Bürger dar, insbesondere an solchen Orten wie der Metro, den Märkten und Diskotheken“, heißt es in dem Schreiben. So kam es im vergangenen Jahr wiederholt zu brutalen Massen-Übergriffen von Neofaschisten in Moskau. Insbesondere ein Überfall auf Menschen aus Kaukasien auf einem Moskauer Markt fand in der Öffentlichkeit ein Echo. Neben der „Nationalbolschewistischen Partei“ von Eduard Limonow, vor knapp zwei Jahren auch Interviewpartner der „Jungen Freiheit“, sind es vor allem die neofaschistischen Skinheads, die Jugendliche anziehen. So gibt es nach Angaben der „Antidiffamierungsliga“ in den Städten Moskau, Krasnojarsk, Tomsk, Irkutsk und Wladiwostok Gruppen von jeweils mehreren Tausend Anhängern. In St.Petersburg, Woronesch, Jaroslaw und anderen Großstädten seien es jeweils einige Hundert Skinheads .

WOSTOK 2/02 - hma ■

Völkische Initiative

SCHWEIZ. Am 24. November will in der Schweiz eine „Volksinitiative gegen Asylmissbrauch“ eine noch weitere Verschärfung des Schweizer Asylrechts durchsetzen. „Asylmissbrauch: Schluss mit leeren Versprechungen! Jetzt muss das Volk handeln. JA zur Volksinitiative gegen Asylmissbrauch“ heißt es auf den Plakaten eines „Aktionskomitees gegen Asylmissbrauch“.

„Das Ausland verschärft seine Asylgesetze massiv. Die Folge: immer mehr Illegale und dreiste Einschleicher kommen in unser Land. Und was macht der Bundesrat! Er macht immer nur leere Versprechungen.“, heißt es u.a. auf Plakaten der „Schweizerischen Volkspartei“ (SVP). Unterstützt wird die „Volksinitative“ gegen „Kriminal-Tourismus und Asyl-Chaos“ auch von der deutschsprachigen „Schweizerzeit“, der „Bürgerlich-konservativen Zeitung für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit“ um Chefredakteur Dr. Ulrich Schlüer, Nationalrat und SVP-Mann, der 1996 auch auf dem „Schulvereinstag“ der deutschtümelnden „Österreichischen Landsmannschaft“ sprach. In Auflagen bis zu 330000 Exemplaren wurde das Blatt, dem als Mitarbeiter auch die Bundesdeutschen Christa Meves und Fritz Schenk angehören, mit einer Sonderausgabe zugunsten der Initiative „gegen Asylmissbrauch“ verbreitet. *hma* ■

Richter-Kritik am „Otto-Katalog“

BAD MÜNSTEREIFEL. Etwa 100 kritische Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte haben sich Anfang November im Rahmen des "Richter-Ratschlages" in Bad Münstereifel getroffen. Im Mittelpunkt der diesjährigen Diskussion, die seit mehr als 20 Jahren an wechselnden Orten stattfindet, standen die Gesetze zur inneren Sicherheit, die nach dem 11. September 2001 verabschiedet wurden. Im Rahmen des Anti-Terror-Kampfes seien abermals rechtsstaatliche Sicherungen durchgebrannt, so der Tenor der TeilnehmerInnen.

Das „einseitige Sicherheitsdenken“, die Vermischung von polizeilichen und geheimdienstlichen Aufgaben und die Probleme der Rasterfahndung, so der Kölner Strafverteidiger Heinrich Comes, beunruhigt auch die TeilnehmerInnen des Treffens. Wolfgang Pommer Esche, Referatsleiter beim Bundesbeauftragten für den Datenschutz, kritisiert von den „gravierenden Regelungen“ vor allem die mangelhafte Information der – zu Unrecht – Überwachten und die erhebliche Schlechterstellung von Ausländern. Der Staatsrechtsprofessor Erhard Denninger kritisiert die falschen Versprechungen der Politik, die Sicherheit als paradiesischen Endzustand verheißt und zum Vorwand nimmt für neue restriktive Maßnahmen. In der anschließenden Diskussion spielten die „Grenzen- und Maßstabslosigkeit“ des „Otto-Katalogs“, die „Entwürdigung des Bürgers“ bei Kontrollen des Bundesgrenzschutzes, die Sammelwut der Geheimdienste und die lange Dauer der Speicherung der Daten eine zentrale Rolle

KStA 04.11.02 - hma ■

Roma-Proteste gegen Leni Riefenstahl bei Festival in Sevilla

MADRID. Die umstrittene deutsche Filmregisseurin Leni Riefenstahl hat ein Festival in Sevilla in Südspanien auf Grund von Protesten vorzeitig verlassen. Wie die Zeitung „La Vanguardia“ am Montag berichtete, umstellte eine Gruppe von Roma das Auto der wegen ihrer Rolle im „Dritten Reich“ kritisierten Künstlerin. Die Demonstranten warfen der 100 Jahre alten Regisseurin vor, das NS-Regime verherrlicht zu haben. Zudem protestierten sie dagegen, dass Riefenstahl in ihrem Film „Tiefland“ Roma aus NS-Lagern als Komparsen einsetzte.

Die Veranstalter des Festivals in Sevilla hielten es nach Angaben der Zeitung auf Grund der Proteste für angebracht, dass die Regisseurin das Auto nicht verließ und vorzeitig abreiste. Riefenstahl habe der Vorführung ihres ersten Filmes „Das blaue Licht“ nicht beiwohnen können. Die kommunistische Vereinte Linke forderte, dem Festival die staatlichen Subventionen zu entziehen. Im Rahmen der Festspiele wird in Sevilla auch eine Ausstellung über das Leben der umstrittenen Künstlerin gezeigt. ■

Staatsschutz lässt Nazi-Feier am 9. November gewähren!

KÖLN. Das Vorstandsmitglied der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA), Heinrich Schulz, kam am Nachmittag des 9. November zufällig am Vereinshaus der Kleingartenanlage der Deutschen Bundesbahn in der Berliner Straße 160 vorbei. Er war geschockt: Im Vereinslokal der Kleingartenanlage fand das 2. Gautreffen Rheinland des „Kampfbund deutscher Sozialisten“ mit ca. 30 Personen statt!

„Die waren sogar uniformähnlich gekleidet, mit Riemen über den Hemden, ähnlich wie die SA. An der Wand hing

eine Reichskriegsflagge“, erklärt Heinrich Schulz. Heinrich Schulz war auf dem Weg zur Gedenkveranstaltung der Synagogengemeinde in der Roonstraße. Dort unterrichtete er Ratsmitglied Jörg Detjen. Der rief sofort die Leitstelle der Polizei an, unterrichtete sie über das Nazi-Treffen und forderte, die Veranstaltung zu beenden.

Heinrich Schulz unterrichtete auch Oberbürgermeister Schramma nach der Veranstaltung in der Synagoge, fuhr anschließend nach Hause und ging noch einmal am Vereinslokal vorbei. Hier feierten die Nazis immer noch.

„Wir finden es empörend und schauerlich, dass an einem Tag, an dem überall in der Bundesrepublik der Opfer des Nazi-Pogroms gedacht wird, eine Nazifeier in Köln stattfinden kann. Warum Polizei und Staatsschutz nicht eingegriffen haben, obwohl die Teilnehmer uniformiert waren, bleibt uns ein Rätsel“, meint die Kölner VVN-BdA und will den Fall aufklären. Zu vermuten ist, dass der Staatsschutz von der Veranstaltung wuss-te und die Nazis gewähren ließ. Die Reingelegten waren der Kleingärtnerverein und der Pächter des Vereinlokals der von den Nazis getäuscht worden ist. *jöd* ■

Roma-Kind wurde geehrt

Köln. Am 9. November wurde in Köln-Bickendorf einem kleinen Sträßchen der Name Laubingerweg verliehen.

Anna Lina Laubinger wurde 1938 als Sinti-Kind in Köln geboren und im Alter von fünf Jahren in Auschwitz ermordet. In seiner Rede wies der Ehrenfelder Bezirksvorsteher Josef Wirges (SPD), auf die Widerstände gegen die Straßenbenennung hin. In einer Eingabe sei gefordert worden, dem Weg einen Pflanzennamen zu geben. Zum einen wären alle anderen Straßen ebenfalls nach Pflanzen benannt, zum anderen würden durch die Benennung „Roma und Sinti angelockt“.

Wirges sprach den Wunsch aus, dass in der Tat möglichst viele Menschen angelockt werden sollten: Schulklassen, Jugendgruppen und viele andere, die an der Laubingerstraße der ermordeten Sinti und Roma gedenken sollten.

Ein Vertreter der Sinti wies daruf hin, dass es Rassenwahn und Vernichtungswillen nicht nur im fernen Berlin gegeben habe, nach Machtantritt der Nazis seien sie Alltag auch in Köln geworden. So sei die Normalität des Lebens der Sinti und Roma, die zum Teil schon seit Jahrzehnten in Köln gelebt hätten, mit der Ghettoisierung der Menschen im sogenannten „Schwarz-Weiß-Lager“ im Ehrenfelder Takufeld zerstört wurde. Dieser Prozess endete in den Todeslagern, den Stätten der fabrikmäßigen, anonymen Vernichtung.

Fortsetzung Seite 4

Gedenktafel für Kaplan Dr. J. C. Rossaint

Düsseldorf. Zum 100. Geburtstag ehrten über 150 Gäste Dr. Joseph Cornelius Rossaint bei einer Veranstaltung am vergangenen Sonntag (3.11.2002) in der Pfarrkirche St. Mariä Empfängnis auf der Düsseldorfer Oststraße, in der Dr. Rossaint von 1932 bis zu seiner Verhaftung durch die Gestapo 1936 als Kaplan tätig war.

Zu Beginn der Veranstaltung würdigte Stadtdechant Msgr. Rolf Steinhäuser Dr. J.C. Rossaint als einen „Mann, der ganz gerade und aufrecht war, der sich auch unter Druck nicht hat verbiegen und korrumpieren lassen.“ Stadtdechant Steinhäuser führte in seinem Grußwort weiter aus: „Ich freue mich über den Gedanken, das Gedächtnis an Kpl. Roissant in Düsseldorf wach zu halten, in dem man eine Gedenktafel für ihn anbringt und eine Straße nach ihm benennt. Wir können und wollen uns als Kirche nicht ein drittes Mal von ihm distanzieren. Deshalb unterstützen wir ein solches Projekt gerne und aus Überzeugung. Wir ehren in Kaplan Dr. Roissant einen Priester, dessen Treue zum eigenen Gewissen ein Licht in dunkler Zeit war und ist.“

Eingeladen hatten die Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) und die Kirchengemeinde St. Mariä Empfängnis. Unter den Gästen befanden sich auch ein Neffe, Alexander Rossaint, sowie Zeitzeugen und Weggefährten von Dr. Rossaint wie eine Gruppe ehemaliger „Sturmschar“-Mitglieder und Mitglieder der VVN-BdA, deren langjähriger Präsident Dr. Rossaint war.

Mit Bezug auf sein mit Alexander Rossaint verfasstes, kürzlich bei VAS erschienenes Buch sprach Professor Karl-Heinz Jahnke aus Rostock über Dr. Rossaint als Hauptangeklagten im Berliner Katholikenprozess von 1937, in dem er zu 11 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt worden war. Sehr bewegend war die anschließende Lesung von Helmut Rehmsen (WDR) aus Briefen und Tagebuchaufzeichnungen von Dr. Rossaint in den Jahren seiner Haft im Zuchthaus Lüttringhausen. Mit großem Ernst und schönen Stimmen sangen zwei Schülerinnen der Rudolf-Steiner-Schule unter anderem aus dem Gellert-Zyklus von Beethoven.

Die Besucher der Veranstaltung spendeten mit fast 400 Euro den Grundstock für eine künstlerisch zu gestaltende Gedenktafel, die im nächsten Sommer in einem feierlichen Akt bei St. Mariä Empfängnis enthüllt werden soll. Wer sich an diesem Projekt finanziell beteiligen möchte, kann seinen Beitrag überweisen an: Kath. Kichengemeinde St. Mariä Empfängnis Düsseldorf, Konto-Nr. 10120731 bei der Stadtsparkasse Düsseldorf (BLZ 30050110) unter dem Stichwort: Gedenktafel Dr. Rossaint.

Weitere Informationen: Helen Quandt, Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf, Tel. 0211 89-26202 ■



Köln. *Am 8. November trafen sich an der Ecke Venloer Straße/Bartholomäus-Schink-Straße ca. 50 Personen, um bei einer von der VVN/BdA organisierten Gedenkstunde an die dort vor 58 Jahren ermordeten Menschen zu erinnern. Am 25. Oktober 1944 henkten die Nazis dort 11 Zwangsarbeiter, am 10. November des gleichen Jahres 13 junge Menschen, die der Widerstandsgruppe der Edelweißpiraten angehört hatten. Die Gedenktafel für die Edelweißpiraten soll im nächsten Jahr mit einer feierlichen Veranstaltung am Ehrenfelder Bahnhof neu angebracht werden. Foto:Gerd Humbach*

Am Ende der Feierstunde wies Pfarrerin Renate Graffmann, Synodalbeauftragte des Kölner Kirchenkreises Nord für Sinti und Roma sowie Vorsitzende des Rom e.V. auf die aktuelle Situation der Flüchtlinge aus Jugoslawien hin, die unter menschenunwürdigen Bedingungen im Kalker Containerlager leben müssten und in wenigen Wochen auf ein Wohnschiff gebracht werden sollten.

tri ■

Zwangsarbeiter kündigen Proteste zur Hauptversammlung an

FRANKFURT. Vier Monate zu spät will die I.G. Farben AG „in Auflösung" am 18. Dezember in Frankfurt am Main ihre diesjährige Hauptversammlung abhalten. Die seit mehr als 50 Jahren fällige Liquidierung der Firma steht jedoch weiterhin nicht auf der Tagesordnung. Überlebende Zwangsarbeiter, Kritische Aktionäre und zahlreiche antifaschistische Organisationen kündigen deshalb Proteste gegen das Aktionärstreffen an, das erneut in der Stadthalle des Frankfurter Vororts Bergen-Enkheim abgehalten wird.

„Wir sind überrascht und empört, dass die Liquidatoren die Auflösung der I.G. Farben immer noch verschleppen", entrüstet sich Peter Gingold, Sprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN). „Das Restvermögen der I.G. Farben gehört den überlebenden Zwangsarbeitern und muss sofort ausgezahlt werden", fordert auch die Vorsitzende des Auschwitz-Komitees Esther Bejarano.

In die bundesweite Entschädigungsstiftung hat die Firma nicht eingezahlt und verweigert dies auch für die Zukunft. Eine eigene Stiftung der I.G. Farben wurde zwar kürzlich gegründet, ist aber von der Auszahlung erster Gelder offenbar noch weit entfernt.

Der seinerzeit weltgrößte Chemiekonzern I.G. Farben hatte während der Naziherrschaft zehntausende Zwangsarbeiter für sich schuften lassen und Tausende „durch Arbeit vernichtet". Nach dem Zweiten Weltkrieg zerschlugen die Alliierten das Unternehmen, wodurch BASF, Bayer, Hoechst und einige kleinere Firmen entstanden. Die Liquidationsgesellschaft „I.G. Farben i.A." sollte die Gläubiger und Zwangsarbeiter des einstigen Weltkonzerns ausbezahlen und sich dann auflösen. Dies haben die Vorstände und Aufsichtsräte der Firma jedoch seit über einem halben Jahrhundert verhindert – und werden dafür gut bezahlt.

Henry Mathews ■

Nazi-Aufmarsch in Halbe blieb verboten

Der für den 17. November geplante Naziaufmarsch in Halbe bei Berlin blieb verboten und wurde daher von den Veranstaltern abgesagt. Auf der Nazi-Seite von „widerstandnord" heißt es:

„Versammlungsleitung gibt bekannt: Sonnabend, 16. November, 16.00 Uhr: Bundesverfassungsgericht hat Aufhebung des Beschlusses des OVG des Landes Brandenburg abgelehnt. Es meint, die abenteuerliche Auslegung eines einfachen Landesgesetzes (zur Einschränkung eines zentralen Grundrechtes) durch das OVG sei „zumindest vertretbar"; außerdem sei Auslegung von Normen des einfachen Rechts nicht Aufgabe des Verfassungsgerichts. ... Die für morgen vorgesehene Versammlung fällt damit aus. Veranstalter, Freundeskreis Halbe und Versammlungsleitung bedauern, daß der Repression damit wieder einmal ein kleiner Teilerfolg beschieden war. Der Veranstalter hat für das nächste Jahr (wie auch die kommenden Jahre) nunmehr jeweils für den Sonnabend vor dem Heldengedenktag / Volkstrauertag in Halbe eine öffentliche Versammlung gleichen Inhalts angemeldet."

Soweit der Text von „widerstandnord". Endlich mal eine erfreuliche Reaktion von Gerichten auf die ständigen provokativen Aufmärsche.

Rund 450 AntifaschistInnen gedachten dann am Sonntag in Halbe der dort begrabenen Wehrmachtsdeserteure und ZwangsarbeiterInnen. Die TeilnehmerInnen der antifaschistischen Kundgebung unter dem Motto „Nie wieder Krieg - Nie wieder Faschismus" sahen sich einem massiven Polizeiaufgebot gegenüber, im Laufe des Tages kam es zu mindestens drei Festnahmen. „Es ist bezeichnend, dass unser Gedenken an die Opfer des faschistischen Terrors unter solch unwürdigen Bedingungen stattfinden muss", merkte ein Redner an.

Ludwig Baumann, ein Wehrmachtsdeserteur und NS-Militätjustiz-Opfer berichtete von seinen Erlebnissen in den letzten Kriegstagen und rief dazu auf, die Verbrechen der Nazis nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Auf dem Waldfriedhof bei Halbe liegen über 20.000 deutsche Soldaten, SSler, Hitlerjugend-Angehörige und Mitglieder des Volkssturm begraben. Dieses letzte Aufgebot der Nazis sollte in den letzten Tagen des zweiten Weltkrieges den Vormarsch der Roten Armee auf Berlin stoppen. Die Anzahl der in Halbe begrabenen und auf der Kundgebung gewürdigten NS-Opfer liegt unter 60.

Quelle: www. indymedia.de ■

NPD hat noch nicht genug – Aufmarsch am 23.11.02 stoppen !

POTSDAM. Nachdem der Versuch der NPD, Mitte September diesen Jahres in Potsdam zu marschieren, kläglich scheiterte, wollen es die Nazis nun offenbar ein zweites Mal probieren. Für den kommenden Samstag, 23. November 2002 ruft der NPD-Verband Berlin-Brandenburg zu einer „Friedensdemonstration" (O-Ton NPD) unter dem Motto „Gegen US-Terror – kein Blut für Öl!" auf. Treffpunkt ist laut NPD um 11.00 Uhr am Hauptbahnhof Potsdam. Gegenaktionen waren bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt, werden aber mit Sicherheit stattfinden.

Berliner Antifaschisten rufen dazu auf, anschließend an der Silvio Meier Demo in Berlin teilzunehmen. Anlass für diese antifaschistische Demonstration ist der 10. Todestag von Silvio Meier, der 1992 am U-Bahnhof Samariterstraße von Nazis erstochen wurde (infos unter http://www.antifa.de)

Silvio-Meier-Demo: 14 Uhr - U-Bhf. Samariterstraße (Berlin-Friedrichshain)

Zuerst den Naziaufmarsch in Potsdam verhindern... und dann zur Silvio Meier Demo nach Berlin !

Weitere Infos erhaltet ihr unter:
http://www.inforiot.de
http://www.antifa.de ■

50% Preissteigerung im NS-Dok. nicht zumutbar

KÖLN. Die neue, noch nicht verabschiedete Entgelt- und Benutzerordnung für das NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln sieht für angemeldete Kölner Schulgruppen eine Erhöhung von 1 Euro auf 1,50 Euro je Schüler vor.

Die PDS-Ratsgruppe hält eine Erhöhung des Eintrittspreises bei Erwachsenen für akzeptabel, aber nicht für junge Leute. Gerade in den letzten Jahren wurden Bildungsangebote gegen Rechtsextremismus vermehrt gefördert. Hier wird nun ein falsches Zeichen gesetzt. Köln braucht trotz halbgefüllter Kassen noch lange eine nachhaltige Förderung im Kampf gegen den Rechtsextremismus, so die Ratsgruppe. Da ist gerade das NS-Dokumentationszentrum eine unverzichtbare und wirkungsvolle Gedenkstätte, auf die andere Kommunen nicht zurückgreifen können.

Der Besuch von Schülerinnen und Schülern in anderen Museen der Stadt ist z.B. kostenlos.

SPD und Grüne signalisierten im Kulturausschuss, dass sie dem Antrag der PDS Offenen Liste zustimmen würden, die Gebühren für Schülerinnen und Schüler nicht zu erhöhen. Die Verwaltung berichtet, dass ca. 2 400 Schüler bis Oktober dieses Jahres das NS-Dokumentationszentrum besucht hätten. D.h., die Mindereinnahme für die Stadt Köln würden – bezogen auf ein Jahr – ca. 1.500 Euro betragen. Ein kleiner überschaubarer Betrag.

Vermutlich lenkt die Verwaltung ein. Ob die CDU/FDP-Mehrheit mitmacht, ist nicht gewiss.

jöd ■

Stoppt die Nazis am 30. November 2002 ...

... planen die Nazis erneut einen Aufmarsch in München, diesmal auf zwei Routen. Vor einigen Wochen, am 12. Oktober scheiterte ihr Versuch nach wenigen hundert Metern. Mehrere tausend Menschen hatten sich ihnen in den Weg gestellt und den Nazi-Zug noch vor dem Goetheplatz gestoppt. Auch am 30. November werden wir die Aufmärsche alter und neuer Nazis nicht hinnehmen.

Es gibt kein Recht auf Nazipropaganda – Wie in den vergangenen Jahren hat sich auch diesmal wieder gezeigt: Nur wenn wir selbst handeln und auf die Strasse gehen, können die Nazis gestoppt werden. Im Vorfeld des Neonazi-Aufmarsches vom 12. 10. hatte sich ein breites gesellschaftliches Bündnis gebildet, das einen solch massiven Druck entwickeln konnte, dass das Kreisverwaltungsreferat den Marsch durch die Stadt kurzfristig verbot. Dennoch wollten Gerichte und aufgrund deren Entscheidungen die Polizei den Faschisten den Weg frei machen. Aber die Neonazis wurden von 3.000 Gegendemonstranten gestoppt. Unverständlicherweise duldete die Polizei Hitlergruß und unverhohlene Propaganda für den „Nationalsozialismus".

Nach ihrer Niederlage vom 12. Oktober wollen die Neonazis jetzt erst recht in München marschieren. Für den 30. November 02 haben die selben braunen Drahtzieher gleich zwei Demonstrationszüge angemeldet. Sie wollen auf alle Fälle ihre Märsche in München durchsetzen.

Wir Münchnerinnen und Münchner müssen ihnen noch klarer und deutlicher als am 12. 0. und am 1. März 1997 zeigen, dass wir Nazi-Aufmärsche nicht dulden. Die Verhöhnung der Opfer der Nazidiktatur und die Wiederbelebung der Traditionen der Wehrmacht durch die Neonazis dürfen und werden wir nicht zulassen.

Die deutsche Wehrmacht war die „zweite Säule" des NS-Staates. Ohne diese Wehrmacht hätte es kein Auschwitz und nicht die 55 Millionen Toten des Zweiten Weltkriegs gegeben.

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen – Wir rufen deshalb alle Münchnerinnen und Münchner auf, den Nazis kreativ und entschlossen entgegenzutreten. – Wann und wo immer Nazis aufmarschieren – wir werden präsent sein!

Stoppen wir gemeinsam den braunen Spuk bereits dort, wo er beginnt.

Angemeldete Aufmarsch-Routen der Nazis am Samstag, den 30. November 2002, Beginn: 12 Uhr. Vom Stachus und gleichzeitig vom Busparkplatz an der südlichen Theresienwiese zum Goetheplatz (Genaue Routen werden noch rechtzeitig bekannt gegeben) Anmelder sind die führenden Nazi-Kader Christian Worch und Steffen Hupka.

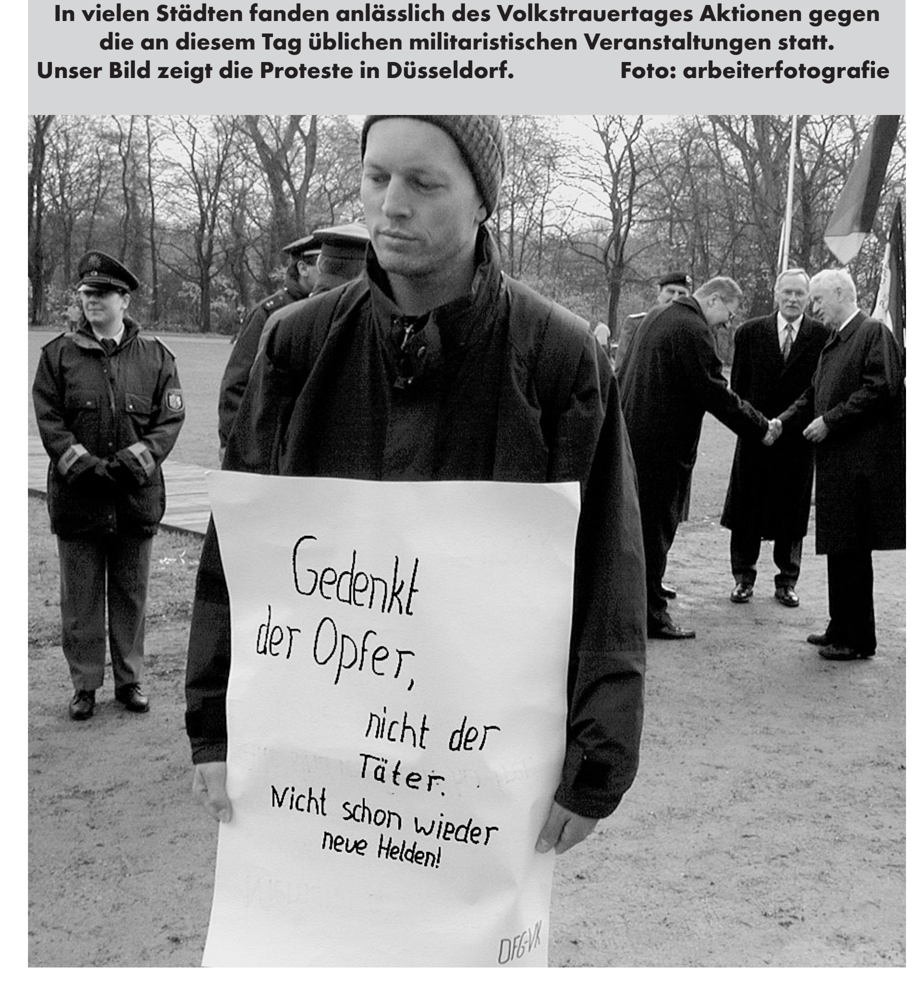
An die 90 Organisationen und doppelt so viele Einzelpersonen hatten den Aufruf „Kein Nazi-Aufmarsch am 12. Oktober 2002" unterzeichnet. Doch weitere geplante Naziprovokationen (am 30. November 2002) erfordern einen neuerlichen Aufruf: „Stoppt die Nazis".

Wir bitten alle, die diesen Aufruf (auch finanziell) unterstützen wollen, ihre Erklärung schnellst möglich abzugeben.

Bündnis gegen Nazi-Aufmärsche ■

Als erste haben sich spontan bereit gefunden (Dieser UnterstützerInnenkreis ist also längst nicht repräsentativ): Initiatoren: Ver.di Arbeitskreis Aktiv gegen Rechts * Münchner Bündnis gegen Rassismus **Organisationen:** * AIDA e.V. - Antifasch. Informations- und Dokumentations-Archiv München * Anti-Nazi-Komitee Sendling * antifaschistisch kämpfen München (akm) * AStA der Geschwister-Scholl-Universität München * AusländerInnenbeirat München * Deutscher Freidenkerverband KV München * DKP München * Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - rosa Liste im Münchner Rathaus FDJ-Basisgruppe München * Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft München * Internat. Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF) * JAM - Junge Autonome München * Lagergemeinschaft Dachau * Libertad! * Linksruck München * München bewegt sich - Eine Stadt gegen rechte Gewalt * Münchner Friedensbündnis * Öffentliche Aufforderung zu gewaltfreiem Widerstand gegen Rüstung und Krieg * Ökumen. Büro für Frieden und Gerechtigkeit * PDS München * Revolutionär Sozialistischer Bund - RSB, IV. Internationale * SDAJ-Gruppe München * SDAJ Landesverband Bayern * ver.di-Jugend München * ver.di Bezirk München * Vereinigung der geistlichen Schwestern in der Erzdiözese München-Freising * Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der AntifaschistInnen (VVN/BdA) München **Einzelpersonen:** Angela Antoni, ver.di-Betriebsrätin * Ernst Antoni, stv. Bezirksvors. ver.di * Siegfried Benker, Fraktionsvors. Bündnis 90 /Die Grünen - rosa Liste im Münchner Stadtrat * Heinrich Birner, Geschäftsführer ver.di-Bezirk München * Bernd Bücking, DKP-Kreisvorstand München * Eva Bulling-Schröter * Josef Frey, ver.di VM, Betriebsrat * Hans-Georg Frieser, Personalrat ver.di, VM * Joachim-Peter Graf, Geschäftsführer GEW München * Walter Listl, Vors. DKP-Bezirk Südbayern * Martin Löwenberg, Vorst.mitglied VVN-BdA * Max Mannheimer, Vors. Lagergemeinschaft Dachau * Leo Mayer, stellv. BR-Vorsitzender * Cumali Naz, Vors. AusländerInnenbeirat MünchenTom Nikolai * Corinna Poll, Mitgl. Landesvorstand AsF * Harald Pürzel, Bezirksvors. ver.di München * Eleonore Romberg, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF) * Dagmar Rüdenburg, Gewerkschaftssekretärin ver.di München * Adelheid Rupp, RAin, stellv. Vorsitzende Münchner SPD * Claus Schreer, Münchner Bündnis gegen Rassismus * Franz Schütz, Jugendsekretär ver.di-Bezirk München * Sybille Widenmann, Betriebswirtin * Günter Wimmer, Sozialarbeiter

In vielen Städten fanden anlässlich des Volkstrauertages Aktionen gegen die an diesem Tag üblichen militaristischen Veranstaltungen statt. Unser Bild zeigt die Proteste in Düsseldorf. Foto: arbeiterfotografie



Nimmt Stoiber endlich die Hinweise der VVN-BdA ernst ?

Ermittlungen gegen NS-Verbrecher aus der Gebirgstruppe aufgenommen

Während die Aufregung um den verbalen Antisemitismus im Stile Möllemanns anhält, blieb unbeachtet, dass im Land von Ex-Kanzlerkandidat Stoiber bis heute mörderische Antisemiten frei herumlaufen. In Bayern lebende Mittäter bei Massakern der Wehrmacht in Griechenland und bei Judendeportationen blieben unbehelligt, obwohl neue schwere und fundierte Vorwürfe gegen sie erhoben wurden.

„Im Epirusgebiet unterstützten sie die Geheime Feldpolizei bei der Deportation der griechischen Juden in Joannina. Und unter dem Deckmäntelchen der ‚Bandenbekämpfung' ermordeten sie über 1000 Griechen und zerstörten im Epirusgebiet mehr als 100 Dörfer allein im Oktober 1943." So heißt es in einer im Mai vorgelegten Dokumentation über die noch lebenden Kommandeure von Kompanien des 98. Regiments der 1. Gebirgsjägerdivision.

Die VVN-BdA hatte Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber daher aufgefordert, gegen 71 mutmaßliche Kriegsverbrecher ermitteln zu lassen, die sich in Bayern und Umgebung als Veteranen der 1. Wehrmachts-Gebirgsdivision unbehelligt aufhalten. Stoiber wurde in einem Brief eines VVN-BdA-Sprechers aufmerksam gemacht auf den Versuch der Strafvereitelung durch bayerische Staatsanwälte. Diese hatten junge Antifaschisten aus Nordrhein-Westfalen unter Anklage gestellt und ihnen Hausfriedensbruch und Beleidigung vorgeworfen, während die Staatsanwaltschaft es unterließ, gegen die NS-Täter, deren Untaten – z.B. in Griechenland – von den Protestierenden dokumentiert wurden, zu ermitteln. Bei der Vorlage der Enthüllungen beim Gebirgsjägertreffen zu Pfingsten in Mittenwald war es zu verbalen und tätlichen Auseinandersetzungen gekommen, die jedoch, so die jungen Leute, vor allem von den Veteranen und den Bundeswehrsoldaten ausgingen.

Die VVN-BdA richtete einen Brief und mehrere Dokumentationen an Stoiber, dem prominentesten Mitglied der Gebirgstruppen-Traditionsvereinigung. Sie schrieb außerdem an die Ludwigsburger Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen, die zuständig ist für die Ermittlungen in Fällen von NS-Massenverbrechen. Eine unerledigte Anzeige liegt zudem beim Generalstaatsanwalt in München wegen öffentlichen Zeigens von Hakenkreuzen anlässlich des letzten Gebirgsjägertreffens zu Pfingsten bei Mittenwald. Doch am schwersten wiegt der Vorwurf der Strafvereitelung zugunsten von Kriegsverbrechern der 1. Gebirgsdivision. Dazu benannten die VVN-BdA und die Forschungsgruppe aus Wuppertal „Anfechtbare Traditionspflege" – Stoiber hatte die Traditionspflege der Bundeswehrgebirgler als „unanfechtbar" bezeichnet – die Namen und z.T. die Anschriften von 71 schwer Belasteten. Auch das Bundesverteidigungsministerium wurde eingeschaltet.

Nachdem das lange Schweigen Stoibers von den Antifaschisten kritisiert worden war, ließ er jetzt ihr Schreiben durch die Bayerische Staatskanzlei beantworten. Man habe die ausgesprochene Dienstaufsichtsbeschwerde an den Justizminister weitergeleitet. Zudem verwahrt sich Stoiber gegen die kollektiven Beschuldigungen der Wehrmacht. Sein Lob für die Traditionsarbeit der 1. Gebirgsdivision – sie hieß bei der Wehrmacht so und bis 2001 auch bei der Bundeswehr – habe der Anknüpfung an die bayerischen Militärtraditionen des 19. Jahrhunderts gegolten.

Inzwischen ist auch Post eingegangen von der Staatsanwaltschaft II in München und von der Ludwigsburger Zentralstelle. Während sich die bayerische Staatsanwaltschaft des Tragens von Hakenkreuzen unter den Augen der Bundeswehrvertreter annehmen will, fährt Staatsanwalt Dr. Riedel aus Ludwigsburg schwereres Geschütz auf.

Die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen hat unter Aktenzeichen 508 AR 1110/02 umfangreiche Ermittlungen aufgenommen, die aufgrund der Angaben der VVN-BdA angelaufen sind. Bei den mutmaßlichen Verbrechen handele es sich nicht nur um „deutsche Kriegsverbrechen im 2. Weltkrieg", sondern man habe sich mit „nationalsozialistischem Unrecht" zu befassen.

Dr. Riedel schreibt: „Eben dieses könnte aber bei den von Ihnen aufgezeigten Sachverhalten zumindest teilweise durchaus der Fall sein. Eine Reihe der von Ihnen genannten Aktionen von Angehörigen der 1. Gebirgsdivision war oder ist bereits Gegenstand strafrechtlicher Überprüfungen. So ist zum Beispiel die Zentralstelle bei der Staatsanwaltschaft Dortmund derzeit eingehend mit dem Geschehen in Kephallonia befasst."

Dort ermordeten Truppen der 1. Gebirgs-Division am 13. September 1943 auf griechischem Territorium mindestens 4000 italienische Kriegsgefangene aus Rache dafür, dass der ehemalige Verbündete Italien die Seiten gewechselt hatte.

Vorher, am 16. August 1943, geschah dies: In Kommeno in Nordgriechenland fuhren die Gebirgsjäger mit Maultieren und dem Küchenwagen vor und erschossen 317 Frauen, Männer und Kinder. Die „stolzen Soldaten" der 12. Kompanie des Gebirgsjäger-Regiments 98 unter dem späteren Bundeswehroberstleutnant Reinhold Klebe ermordeten nicht nur unschuldige Zivilisten, einzelne Soldaten machten sich noch über die Frauenleichen her und schändeten sie, wie einer der Täter später berichtete.

Unter den gegenüber den bayerischen Behörden Genannten befinden sich auch Alfred Artmann, Kommandeur der 13. Kompanie, die am 25.10.43 Periwoli/ Griechenland zerstörte und 53 Bewohner tötete, ferner Major a.D. Alois Eisl. Aus Rache für den Tod des Massenmörders Oberstleutnant Josef Salminger – er war mit seinem PKW gegen ein von den Partisanen errichtetes Hindernis gefahren und ums Leben gekommen – hat Eisl mit seinen Leuten zwischen dem 1. und 4. Oktober 1943 18 Dörfer in Griechenland zerstört, wer nicht floh, wurde umgebracht. Auf flüchtende Zivilisten wurde mit Geschützen gefeuert; Eisl meldete stolz „Volltreffer"; es war Mord an 100 Zivilisten. All das und viele weitere Verbrechen der 1. Gebirgsdivision und anderen Wehrmachtseinheiten auf dem Balkan werden in den Büchern von Hermann Frank Meyer (Brüssel) geschildert, der Eisl in München, wo er rüstig lebt, zur Rede stellen wollte.

Eisl wollte nicht mit Meyer sprechen. Jetzt wollen die Antifaschisten aus der Wuppertaler Forschungsgruppe und aus der VVN-BdA dafür sorgen, dass sich die Staatsanwaltschaft des Herrn Eisl und der 70 anderen mutmaßlichen Mörder annimmt.

Ulrich Sander ■

Literaturhinweis: „Kommeno - Erzählende Rekonstruktion eines Wehrmachtsverbrechens in Griechenland, Romiosini, 1999, von Hermann Frank Meyer. Derselbe schrieb auch die wichtigen Bücher „Vermißt in Griechenland. Schicksale im griechischen Freiheitskampf 41-44", Frieling, 1992 und „Von Wien nach Kalavryta" Die blutige Spur der 117. Jäger-Division durch Serbien und Griechenland, Peleus, Band 12, 2001/2002". www.hfmeyer.com,email: HFMeyer@compuserve.com

Die Diskussionen nehmen wieder zu ...

„Jetzt, wo es auf den Krieg zugeht, werden die Diskussionen wieder häufiger und heftiger“ – Solches oder Ähnliches war am Rande der Kundgebung zum 9. November auf dem Paradeplatz in Mannheim häufiger zu hören. In der Tat: Zum Aufruf und geplanten Ablauf der Veranstaltung gab es plötzlich, und das erst kurz vor dem 9.11., einige Debatten und schließlich Absagen bereits zugesagter Redner.

Holocaust – Israel – Irak und der von den USA geplante Krieg – dies Dreieck steckt letztlich das Feld der Auseinandersetzung ab: Ist es richtig, am Gedenktag zur Reichspogromnacht den Akzent Richtung Irak-Krieg zu verschieben und – wie im Aufruf geschehen – aktive Erinnerung an den Holocaust, Faschismus und die wieder zunehmende antisemitische Diskussion mitten in der Gesellschaft an diesem Tag an den Rand zu drücken?



Mannheim.* Auf Initiative des Aktionsbündnisses gegen Rassismus und Faschismus fand aus Anlass des Jahrestages der Reichspogromnacht vom 9. November 1938 eine Kundgebung auf dem Paradeplatz statt, an der sich ca. 200 Menschen beteiligten. Vom Aktionsbündnis wurden zwei Reden gehalten. Die erste Rede erinnerte an Vorgeschichte und Vorgänge des 9. November 1938 und zog Schlussfolgerungen für den notwendigen Widerstand gegen die erneute Zunahme antisemitischer und rassistischer Aktivitäten. Die zweite Rede rief zum Widerstand gegen den Irak-Krieg auf. Kulturell eingeleitet wurde die Kundgebung durch Mitglieder der Kleinkunstbühne am Peter-Petersen-Gymnasium, die u.a. Verse eines jüdischen Dichters aus Mannheim vortrugen. Auf die geplante Demonstration wurde verzichtet.** ***tht ■



Protest auch am 17.11. in Köln bei der Feier am Volkstrauertag, zu der Stadt, Bundeswehr, Soldatenverbände traditionell aufrufen.

Foto: arbeiterfotografie

Diskussionen aber auch im Friedensplenum aus Anlass des inzwischen stattgefundenen Irak-Kongresses in Berlin: Wie weit darf die Kritik an der US-amerikanisch / britischen Kriegsdrohung die Kritik an dem bedrohten, aber verbrecherischen Regime überdecken? Mit wem darf man sich im Widerstand gegen den Krieg treffen? Wie ist unser Verhältnis zur irakischen Opposition? Kann es mit dem Saddam-Regime noch Diplomatie geben? Wie verlässlich ist die Wahlkampfaussage Schröders, Deutschland nicht am Krieg zu beteiligen? Wie gehen wir damit um, dass bei jeder Kritik an der Regierungspolitik des Staates Israel schmeißfliegenartig gleich auch Antisemiten aller Couleur und (Neo-) Nazis zugegen sind? Welche Stellung soll/kann die Friedensbewegung zur arabischen Lobby in Europa einnehmen?

Das Friedensplenum stimmte schließlich mehrheitlich einer Kritik an den Veranstaltern des Irak-Kongresses zu, die auch bundesweite Verbreitung fand

Beide Diskussionsstränge sind eng miteinander verwoben. Gemessen an klaren „Freund-Feind“-Situationen ist die Weltlage wie auch ihre Widerspiegelung in der Gesellschaft der Bundesrepublik eine wirklich „schwierige Gemengelage“.

Letztlich hilft nur die Orientierung an einem Positiv-Katalog, der wesentliche Ansprüche an emanzipative Politik stellt. Das aktive Eintreten für einen solchen „Positiv-Katalog“ in dieser Gesellschaft setzt alle, die dieses Ziel verfolgen, einem durchgehenden Glaubwürdigkeitsdruck aus: Hat die vertretene konkrete politische Stellungnahme noch Verbindung zu den Werte-Grundlagen? Oder wird diese Verbindung überwuchert von taktischen Überlegungen?

Die Orientierung an emanzipatorischen Zielen mag im Einzelfall hinderlich und nicht zielführend erscheinen, sie mag polarisieren. Sie ist aber auch die einzige Chance, diejenigen zusammenzubringen oder wenigstens zusammenzuhalten, die emanzipatorische Interessen vertreten. Ein solcher „Positiv-Katalog“ könnte sein (weder erschöpfend – hier nur vom Diskussionsgegenstand ausgehend – noch in der Reihenfolge wertend): Annäherung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungschancen in den Weltregionen, Polizentrismus, Freiheit von innergesellschaftlicher Diskriminierung, Lebensrecht Aller in einer Gesellschaft, Freiheit von militärischer bzw. terroristischer Gewalt, Demokratie und politische Freiheiten, Selbstbestimmung. Solcher „Positivkatalog“ führt auch in der Positionierung gegenüber Antisemitismus, israelischer Regierungspolitik, Palästina, Irak weiter.

Eine teilblinde Bündnisbildung bzw. – als Kehrseite – Bündnisverweigerung ist zwar vielleicht gut für das Selbstdarstellungsbedürfnis, bietet Gelegenheit zur Verteilung von Ketzerhüten und Unwerturteilen; sie ist aber wenig geeignet für den Versuch, in so wichtigen Fragen wie Krieg und Frieden in der Gesellschaft einen politisch wirksamen Konsens herzustellen. *tht* ■

Spuren in Stein und Messing ...

Am 22. Oktober, dem 62. Jahrestag der Deportation der Freiburger Juden, wurde in Freiburg der erste Stolperstein in der Goethestrasse 33 für den jüdischen Professor für Nationalökonomie Robert Liefmann verlegt. Der Stein mit Messingplatte erinnert an Professor Liefmanns einstigen Wohnort im Freiburger Stadtteil Wiehre.

Liefmann wurde von den Nationalsozialisten aufgrund seiner jüdischen Herkunft zwangseremitiert und am 22. Oktober 1940 zusammen mit seiner Familie und 450 Freiburger Jüdinnen und Juden in das Konzentrationslager Gurs in Südwestfrankreich deportiert. Der Hochschullehrer starb bereits fünf Monate nach der Deportation. An Liefmann erinnert nun ein 10 x 10 cm großer Stolperstein mit einer Messingplatte, deren Schrift der Künstler Gunter Demnig mit Schlagbuchstaben gehämmert hat. Etwa 20 Gäste aus Politik und Kultur wohnten der Verlegung des ersten Stolpersteins in Freiburg bei. Der Freiburger Schauspieler Ullo von Peinen las bei der „illegalen“ Verlegung Passagen aus Briefen von Robert Liefmann aus Gurs und Morlaas.



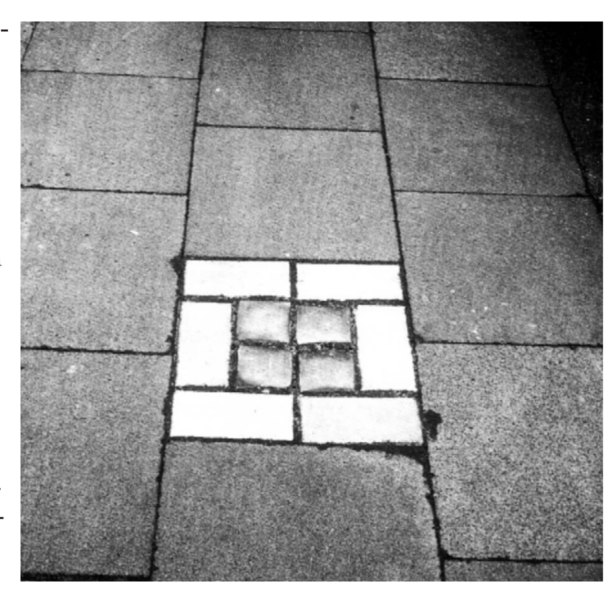
Individuelle Erinnerungsmale für Freiburg

Dieser erste Stolperstein für Robert Liefmann soll der Beginn eines großen Gedenkprojektes für die Freiburger Opfer des NS-Terrors, das von Marlis Meckel initiiert wird, sein. Marlis Meckel hat die Idee und das Projekt des Kölner Künstlers Gunter Demnig, an die Verfolgung und Vernichtung der Juden, Sinti und Roma, Homosexuellen, Zeugen Jehovas, Euthanasieopfer, Zwangsarbeiter, antifaschistischen Widerstandskämpfer und aller Opfer des Nationalsozialismus durch Stolpersteine im öffentlichen Raum zu erinnern, für Freiburg aufgegriffen.

Das Projekt Stolpersteine von Gunter Demnig

Gunter Demnig verfolgt sein Projekt der Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus durch individuelle Stolpersteine seit 1992. Für den als „Spurenleger“ bekannten Künstler, ist es wichtig, daß diese Erinnerungsmale in unserer Lebensmitte zu finden sind. Die Gedenksteine werden so zu Stolpersteinen gegen das Vergessen, genau an dem Ort an dem die NS-Opfer gewohnt und gelebt haben.

In Köln hat er im Jahr 1996 den ersten Stein illegal in der Oranienburger Straße in den Gehweg eingelassen – 50 weitere folgten. Gegen grosse Widerstände, besonders auf Verwaltungsebene der Stadt Köln, setzte der 1947 in Berlin geborene Künstler, sein Projekt in Köln durch. Diese 51 Steine wurden dann nachträglich legalisiert und viele weitere folgten mit dem Einverständnis der Stadt und der finanziellen Unterstützung von Privatleuten. Mittlerweile konnte der Wahlkölner u.a. in Berlin, Hamburg, Düsseldorf, Wuppertal, Euskirchen, Bonn, Leverkusen, Erkelenz, Wermelskirchen, Brühl und nun auch Freiburg über 2000 Stolpersteine für Opfer des deutschen Faschismus verlegen. Für die Ausweitung des Erinnerns durch steinerne Denkanstöße im Alltag in europäische Städte, hat Gunter Demnig bereits Kontakte nach Antwerpen, Amsterdam, Mailand, Paris, Budapest und Saloniki geknüpft.





Wie steht die Stadt Freiburg zu den Stolpersteinen?

Zurück nach Freiburg. Hier hat sich die Stadt Freiburg bereits positiv zu dem Projekt geäußert, das nun im Kulturausschuss und danach im Hauptausschuss diskutiert und dann entschieden werden soll. Denn es geht ja, so der Sprecher der Stadt Freiburg Walter Preker „um die Nutzung öffentlichen Straßenraums“. Der Stein in der Goethestraße nutzt den öffentlichen Straßenraum also derzeit noch illegal.

Patenschaften für Steine

Die Initiative will das gesamte Projekt über Patenschaften für die einzelnen Stolpersteine finanzieren. Der Preis für eine Patenschaft liegt bei 75 Euro. Zur Zeit gibt es schon 75 Paten für Steine, die an die Freiburger Opfer des NS Regimes erinnern sollen. Zunächst ist die Verlegung von 500 bis 1000 Stolpersteinen in Freiburg geplant. Wer Interesse an einer Patenschaft für einen Stein hat, oder weitere Informationen zu dem Projekt „Stolpersteine“ haben möchte, wendet sich bitte an: Büro für ungewöhnliche Massnahmen, Sautierstraße 21, 79104 Freiburg. *dim* ■

Wer in seiner Stadt eine solche Aktion auch anschieben möchte, wende sich an Gunter Demnig, Richard-Wagner-Str. 16, 50674 Köln, Tel. 0221-251489, www.stolpersteine.com

Grundpositionen des europäischen Rechtsextremismus

Auf dem diesjährigen Europakongress der rechtsextremen deutschen Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) wurde, wie jetzt bekannt wurde, ein Positionspapier als „Grundlage einer weiteren Zusammenarbeit europäischer Patrioten“ anerkannt. Unter den Unterzeichnern waren unter anderem NPD-Chef Udo Voigt, der bekannte deutsche Rechtsextremist Horst Mahler und der Chairman der British National Party (BNP), Nick Griffin. Verfasser des auf breite Zustimmung in der rechtsextremen Szene stoßenden Papiers war niemand geringerer als Andreas Mölzer, Herausgeber der staatlich geförderten rechtsextremen Wochenzeitschrift „Zur Zeit“, FPÖ-Berater und langjähriger Weggefährte Jörg Haiders.

Quelle: http://derstandard.at
Newsletter Rosa Antifa Wien ■

Der Bundesausschuss Friedensratschlag hat eine differenzierte Bewertung der Resolution des UN-Sicherheitsrats vom Freitag vorgenommen, wie einer seiner Sprecher am Sonntag erklärte. Festzustellen sei, dass die Protagonisten der Resolution, die USA und Großbritannien, offenbar andere Ziele verfolgen als die übrigen Mitglieder des Sicherheitsrats.

USA und Großbritannien waren bestrebt, eine Resolution zu erhalten, die ihnen die Möglichkeit gibt, im Falle irgendeiner tatsächlichen oder vermeintlichen Behinderung der Waffeninspektionen im Irak militärisch zu antworten.

Diesem Kriegs-Automatismus wollten insbesondere Frankreich und Russland nicht folgen und haben daher die USA zur Abschwächung des ursprünglichen Resolutionsentwurfs gezwungen. Die nun einstimmig angenommene Resolution scheint beiden Seiten Recht zu geben: Die USA bewerten sie als hart genug, um im Fall einer – auch nur geringfügigen – Verletzung der Resolution Krieg gegen Irak führen zu können, Frankreich und Russland sind stolz darauf erreicht zu haben, dass es keinen „Automatismus“ zum Krieg gibt.

Wichtig aus Sicht der Friedensbewegung sind einmal der zeitliche Korridor (60 Tage für den Bericht der Waffeninspekteure), der die unmittelbare Kriegsgefahr zumindest etwas entschärft, und

Irak-Resolution des UN-Sicherheitsrats:

Die Kriegsgefahr ist nicht gebannt

Presseerklärung des Bundesausschusses Friedensratschlag

zum anderen die Bestimmung, dass nicht ein einzelner Staat, sondern der UN-Sicherheitsrat allein zu „bewerten“ hat, ob Irak die Resolution „vollinhaltlich“ befolgt oder nicht (Ziffern 4, 11 und 12).

Dennoch lassen viele Formulierungen in der Resolution einen großen Spielraum für unterschiedliche Interpretationen übrig. Festlegungen, wonach der



Florenz 2002

Irak „genaue“, „vollständige“, „endgültige“, „verifizierbare“ Auflistungen über seine verbotenen Waffenprogramme abzuliefern hat, oder wonach die Inspekteure „ungehinderten“, „bedingungslosen“, „sofortigen“ und „uneingeschränkten“ Zugang zu allen Stätten vermuteter Forschung, Entwicklung oder Produktion von verbotenen Waffen und ihrer „Komponenten“ und „Subkomponenten“ erhalten müssen, sind sehr auslegungsfähig. Die Weltöffentlichkeit wird den Prozess der Waffeninspektionen sehr aufmerksam verfolgen müssen, um gravierende Verstöße des Irak von geringfügigen oder nur behaupteten Beeinträchtigungen der Arbeit der Inspekteure zu unterscheiden.

Der Bundesausschuss Friedensratschlag kommt zum Ergebnis, dass die Kriegsgefahr längst nicht gebannt ist. Die UN-Resolution ist zwar besser als der Droh-Zustand zuvor, aber die ersten Äußerungen von Bush und Powell lassen keinen Zweifel, das die USA weiterhin zum Krieg entschlossen und bereit sind. Auch geht der Truppenaufmarsch am Golf unbeirrt weiter. Vom Regime in Bagdad erwartet die Friedensbewegung, dass es auf die Forderungen des UN-Sicherheitsrats innerhalb der Frist von sieben Tagen positiv reagiert und die Resolution 1441 (2202) nach dessen Wünschen erfüllt.

In einem Brief an die Friedensbewegung hat der Bundesausschuss Friedensratschlag am Wochenende vorgeschlagen, in ihren Protesten und Aktionen nicht nachzulassen. An die Bundesregierung wird appelliert, der Bush-Administration jegliche wirtschaftliche und logistische Hilfe für einen Krieg gegen Irak zu verweigern. Die deutsch-amerikanische Freundschaft wird darunter nicht leiden. Manchmal ist es geradezu unabweisbar, einen Freund vor einem großen Fehler zurückzuhalten, oder wie der frühere UN-Waffeninspekteur Scott Ritter sagte: „Man darf einen Freund nicht betrunken ans Steuer lassen“ („You don´t let a friend drive drunk“).

Die Spürpanzer müssen jetzt aus Kuwait abgezogen werden. Die Marineverbände müssen aus der Golfregion zurück beordert werden. Und die nach wie vor unter Ausschluss der Öffentlichkeit operierenden und jeder parlamentarischen Kontrolle entzogene Eliteeinheit des Kommandos Spezialkräfte (KSK) in Afghanistan muss ebenfalls zurückgeholt werden. ... Die Bundesregierung muss der US-Regierung im Falle eines Krieges die Nutzung von Militärstützpunkten in Deutschland sowie Überflug- und Landerechte verweigern. Der nach wie vor geplante Krieg der US-Regierung verstößt gegen die Ziele der UN-Charta, gegen das Völkerrecht und gegen das Grundgesetz.

Die Friedensbewegung in Deutschland muss weiterhin alles tun, um den drohenden Krieg zu verhindern. Es ist die Zeit gekommen für vielfältige Aktionen des Protests einschließlich des zivilen Widerstands unter anderem vor den militärischen und politischen Einrichtungen der USA und Großbritanniens als den beiden Hauptkriegstreibern. Darüber hinaus tritt der Bundesausschuss Friedensratschlag dafür ein, dass die gesamte Friedensbewegung am 8. Februar zu zwei großen Manifestationen aufruft: für den süddeutschen Raum nach München (anlässlich der „Sicherheitskonferenz“) und für den west-, nord- und ostdeutschen Raum nach Berlin.

Kassel, 10. November 2002, für den Bundesausschuss Friedensratschlag: Dr. Peter Strutynski (Sprecher) ■

Deutscher Rechtsextremist schreibt für seine österreichischen Freunde

WIEN. Laut Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes schrieb Frank Rennicke in der jüngsten Ausgabe des „Eckartboten“ (Organ der Österreichischen Landsmannschaft) über die „Liquidierung eines unbequemen Mitmenschen“ – gemeint ist damit die Abtreibung. In Stuttgart stand Rennicke kürzlich wegen Volksverhetzung vor Gericht. Er soll wissentlich über tausend Exemplare des indizierten „Heimatvertriebenenlied“ verkauft haben (verteidigt wurde er von NPD-Anwalt Horst Mahler). Auch in Österreich hatte er mehrfach die Gelegenheit, seine braune Gesinnung kundzutun. Vor zwei Jahren ist er in der rechtsextremen Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AfP) aufgetreten, was ihm eine Anzeige nach dem NS-Verbotsgesetz einbrachte. Zur Österreichischen Landsmannschaft bleibt anzumerken, dass sie – welch Wunder – von hochrangigen Wiener FPÖ-Poltikern dominiert wird.

Quelle: http://www.doew.at aus Newsletter der Rosa Antifa Wien, http://www.raw.at ■

Rechtsextreme und Neonazis zur FPÖ-Krise

ÖSTERREICH. Die rechtsextreme Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AFP) fragt sich in einem aktuellen Flugblatt: „Was machen wir ohne Haider?“ Mit ihm hat die AFP den „fähigsten, visionärsten, erfolgreichsten und besten Politiker Österreichs“ verloren. Nichtsdestotrotz seien „zwei schwere Fehler bei Jörg Haider“ festzustellen: Erstens habe er seine Partei „mindestens vier Jahre zu früh“ auf die Regierungsbank geschickt, zweitens fehle ihm die notwendige „Menschenkenntnis“ bei der Auswahl seiner MitstreiterInnen. Als Beispiele für Haiders Fehlgriffe in Personalfragen nennt die AFP Peter Sichrovsky und Daniela Raschhofer. Leute wie diese würden „natürlich jetzt wie die Ratten das sinkende Schiff verlassen“.

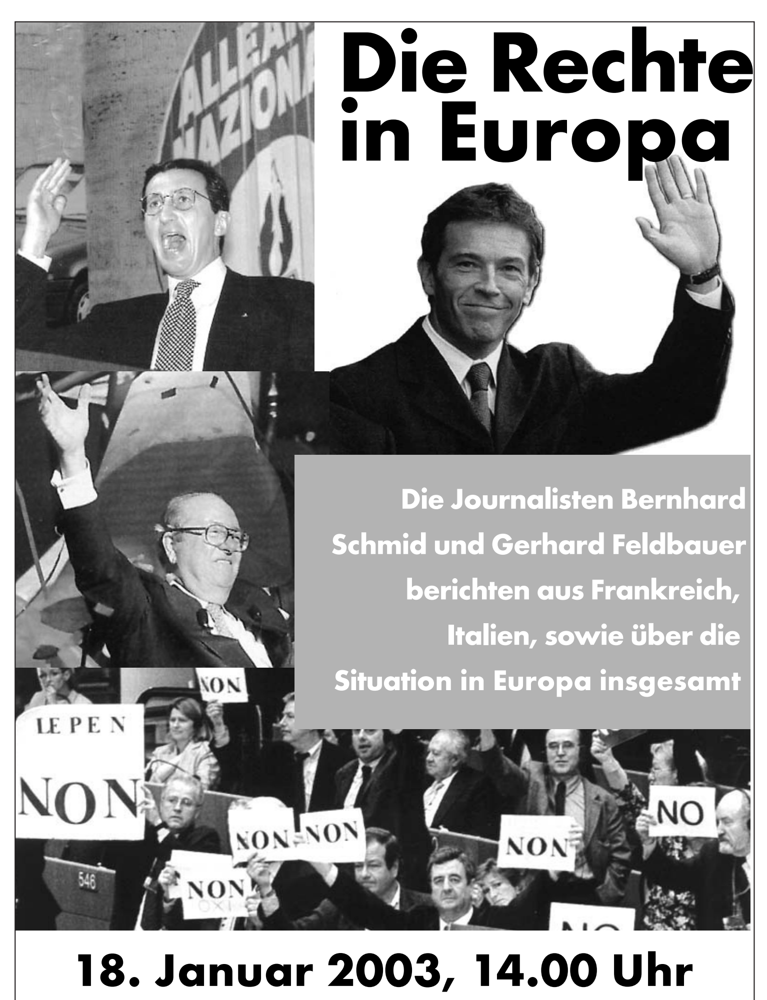
Aber man will die Hoffnung nicht aufgeben: „Wir glauben, dass Jörg Haider spätestens bei den nächsten Europawahlen wieder da sein wird und seine politische Strahlkraft weit über die Grenzen Österreichs einsetzen wird. Und freuen uns darauf.“

Robert Faller, Kopf der neonazistischen Kameradschaft Germania, schrieb am 8.10.2002 im Forum des deutschen Wikinger-Versandes über die FPÖ: „Den Nationalismus kann man dieser Partei nicht absprechen, wenn man sich mit der Geschichte und der Basis dieser Partei auseinander gesetzt hat – leider sitzen an der Spitze und hinter den Kulissen auch hier schon Großindustrielle, die uns Nationalisten ausnutzen und so an die Macht kommen wollen! Auf welcher Seite Jörg Haider in dieser Schlacht steht, hat der schon mehrfach und nachdrücklich bewiesen (SS-Treffen, Aussagen über die Beschäftigungspolitik im dritten Reich, [...]. Solange es in Österreich keine Aufhebung der Knebelgesetze gibt, ist die FPÖ unsere einzige Stimme und Hoffnung zugleich [...] Ich kenne persönlich genug überzeugte Nationalisten bis ins hohe Alter, die bei der FPÖ sind ... einen Fuß hat sicherlich praktisch jede nationale Bewegung in der FPÖ!“

Noch am 9.9. begrüßte Faller im Nationalen Forum (Die Spinne) den Rücktritt von Riess-Passer als „Reinigungsprozess“: „Die alten liberalen Krusten der Partei kamen noch mal zum Vorschein, um sie endgültig wegzuräumen!“ Auch von anderen Neonazis wurde in diesem Internet-Forum die „Machtübernahme des rechten Flügels“ begrüßt.

Aber man bleibt dabei realistisch. So schrieb ein „Cherusker“ am 10.9.: „Mit einer Haider-FPÖ an der Macht bekommst du sicher kein 4. Reich. Der Vorteil ist halt, dass viele Burschenschafter in höhere Positionen einsickern und zumindest gibt es keine neuen Repressionen gegen uns. Haider als jüdischen Platzhalter zu denunzieren, geht ein bisschen weit, immerhin trug seine Fechtpuppe den Namen Wiesenthal auf der Brust. [...] Die wichtigen Kontakte in den arabischen Raum brauch ich wohl auch nicht extra erwähnen.“

Neues von Rechts, www.doew.at ■



Schönhuber im „Haus der Heimat"

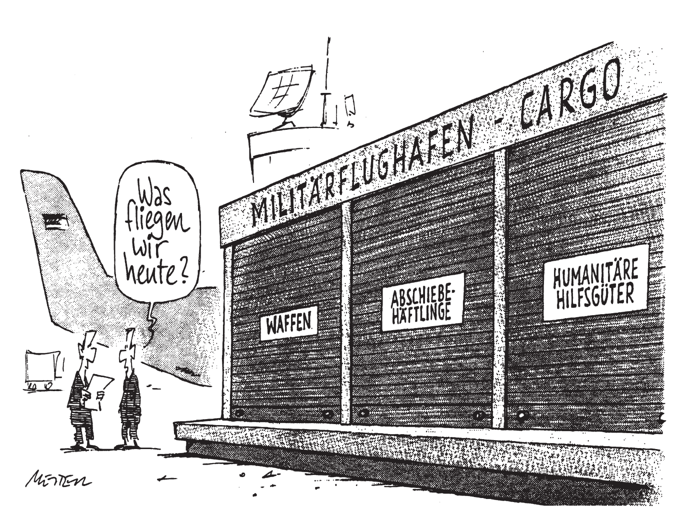
ÖSTERREICH. Das erst unlängst von Bundesminister Haupt (FPÖ) mit vier Millionen Euro Fördergeldern bedachte „Haus der Heimat“ wird einmal mehr seinem Ruf als Veranstaltungsort für Rechtsextreme gerecht. Am 18. November soll dort niemand Geringerer als Franz Schönhuber sprechen. Der ehemalige Waffen-SS-Mann und Vorsitzende der deutschen Republikaner versucht schon seit einiger Zeit sein ganzes Gewicht für die Einigung der zersplitterten deutschen Rechtsextremisten-Szene in die Waagschale zu werfen. Auch sein Vortrag in Wien ist mit „Schluss mit den rechten Bruderkriegen!“ betitelt.

Schönhuber schreibt regelmäßig unter anderem für die rechtsextreme Zeitschrift Nation & Europa. Ende 2001 rief er dort zur Gründung einer neuen „Nationalen Widerstandspartei“ auf, die im Unterschied zu den alten Rechtsparteien „das herrschende System in Frage“ stellen solle. (Nation & Europa 11-12/2001, S. 62) Seinen „Vorstellungen einer fundamentalen Widerstandspartei“ (ebenda, S. 63) sei die neonazistische NPD am nächsten gekommen. „Aber“, so Schönhuber weiter, „sie hat sich durch äußere Darstellung, geringe geistige Potenz und Dialogunfähigkeit gegenüber Andersdenkenden auch ohne Verbot selbst disqualifiziert.“ (Ebenda) Als vorrangiges Ziel einer neuen rechtsextremen Partei sieht er den Kampf „gegen die Unterwerfung unter den verderblichen, von Amerika gesteuerten Zeitgeist“. (Ebenda, S. 62). Dass auch Schönhuber die USA von Juden beherrscht sieht, wurde ein paar Nation & Europa-Ausgaben zuvor deutlich. Dort behauptete er, „dass jüdische Macht nicht von Ministerposten kommt, sondern aus dem Bereich der Banken und der Medien“. (Nation & Europa 4/2001, S. 35)

Neues von Rechts, www.doew.at ■

Bleiberecht für Constance Etchu

GERA. Mitte der 90er Jahre schloss Constance Etchu sich als junge Studentin der Southern Cameroon Youth League (SCYL) an und bekam Kontakt zu dem Southern Cameroon National Council (SCNC), einer sozialdemokratisch geprägten Organisation, die für die Unabhängigkeit des südlichen Landesteiles von Kamerun eintritt. Sie beteiligte sich an Protestaktionen und wurde mehrfach verhaftet. Zuletzt im Zusammenhang mit den Protestaktionen am 1. Oktober '01. Bei Massendemonstrationen wurden an diesem Tag von den Regierungstruppen mehrere Menschen getötet, Hunderte verletzt und an diesem und den folgenden Tagen mehr als dreihundert Personen inhaftiert, darunter auch Constance Etchu.



Sie wurde am 11. November '01 aus der Haft befreit und ihr wurde zur Flucht in die BRD verholfen, wo sie Asyl beantragte.

Constance Etchu engagierte sich auch im Exil weiterhin politisch. Sie ist Mitglied der deutschen Sektion der SCYL und des SCNC und der Flüchtlingsselbstorganisation The Voice - African Forum. In diesem Sommer beteiligte sie sich an der fünfwöchigen Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen. Und am diesjährigen 1. Oktober, dem offiziellen Unabhängigkeitstag, an der Besetzung der Botschaft Kameruns in Bonn. An diesem Tag fanden in Süd-Kamerun zahlreiche Massendemonstrationen statt. Mit der Besetzung wollten SCNC und SCYL die internationale Öffentlichkeit auf den Widerstand der Süd-Kamerunischen Bevölkerung gegen die Okkupation aufmerksam machen.

Mit dieser Aktion wollten SCNC und SCYL auf die Menschenrechtssituation dort hinwiesen.

Mit der Begründung, das Auswärtige Amt habe Nachforschungen in ihrer Heimat betrieben und sie sei weder als Studentin eingeschrieben gewesen, noch seien politische Aktivitäten bekannt, wurde ihr Antrag vom Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (BAFL) inzwischen als „offensichtlich unbegründet" abgelehnt. Das Verwaltungsgericht Gera ordnete daraufhin die Abschiebung an. Kürzlich erhielt Frau Etchu einen Brief von einer Tante aus Süd-Kamerun, die ihr mitteilte, sie habe Besuch von Constances Freunden aus Deutschland erhalten. Diese hätten Fragen über Constances Schulausbildung und ihr politisches Engagement gestellt. Der Tante waren die neuen Freunde ihrer Nichte allerdings nicht ganz geheuer und deshalb schwieg sie sich mehr oder weniger aus. Bei diesen ominösen Freunden handelte es sich vermutlich um Beamte der Behörden Französisch-Kameruns, die in Amtshilfe für das Auswärtige Amt die sogenannten „Nachforschungen" anstellten.

Constance Etchu erhielt inzwischen die Bestätigung ihrer ehemaligen Universität, dass sie dort eingeschrieben war. Mit diesen Belegen kann ihr Anwalt, Herr Hubert Heinhold aus München, beweisen, dass die „Nachforschungen" des Auswärtigen Amtes zu falschen Ergebnissen geführt haben. Er beantragte erneut beim Verwaltungsgericht Gera, aufschiebende Wirkung – und damit zumindest ein vorläufiges Bleiberecht – anzuordnen.

Auch in Bezug auf die politischen Aktivitäten Frau Etchus stützt das Auswärtige Amt sich auf falsche Tatsachen. Frau Etchu legte eine Erklärung des ihres Anwaltes aus Kamerun vor – einem in ihrer Heimat sehr angesehenen und als seriös geltenden Juristen – der sie zwei Mal vertreten hat, als sie aus politischen Gründen inhaftiert war. Das Bundesamt ignorierte diesen Beweis jedoch.

Im Falle einer Abschiebung nach Kamerun erwartet Constance Etchu Haft und Folter, die sie vermutlich nicht überleben wird. Deshalb ruft die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen zu einer Faxkampagne auf.

Verwaltungsgericht Gera, In der Hainstraße 21, 07505 Gera,Fax: 0365/ 833 91 00. Bitte schickt auch eine Kopie an uns Fax: 01212-53 84 21 306 oder email an: mail@basicrights.de

The VOICE Jena ■

Muslime werden in München zu Freiwild

MÜNCHEN. Vor einigen Monaten suchte die Bayerische Kriminalpolizei noch per Stellenanzeige in der Süddeutschen Zeitung Islam- und Nahostexperten. Nachdem sich offensichtlich ausreichend arbeitslose Orientalisten gemeldet haben, gab das Münchner Polizeipräsidium nun die Gründung einer Ermittlungsgruppe zur Bekämpfung islamistischer Terroristen bekannt. Angeleitet wird diese Spezialeinheit, der weitere Ermittlergruppen in anderen bayerischen Polizeipräsidien folgen sollen, von einem 10-köpfigen Planungsstab beim Landeskriminalamt, dem neben Islamkundlern und Arabisten auch Internetexperten und Fachleute zur Überwachung von Finanztransfers angehören.

Polizeistreifen in München wurden angewiesen, ab sofort „Kontrollen gegen (!) Personen aus islamischen Herkunftsländern" zu intensivieren. Radikale Islamisten sollten so einem stärkeren Kontrolldruck ausgesetzt werde. Ein Großteil der rund 80.000 Muslime in München stammt aus der Türkei. Diese seien nicht primär das Ziel der verstärkten Überwachung, da die Türkei selber kein islamischer Staat sei, so die Polizei. Weil Migranten aus islamischen Staaten nicht immer an langen Bärten oder Burkas zu erkennen sind, müssen allerdings generell Menschen nichtdeutscher Herkunft mit verstärkten Kontrollen der Polizei rechnen.

Damit sich auch die normale Bevölkerung an der Denunziation ihrer ägyptischen oder tunesischen Nachbarn beteiligen kann, hat der Staatsschutz eine zusätzliche Rufnummer eingerichtet.

Im Rahmen der Terrorbekämpfung sollen über 500 in München beheimatete so genannten Ausländervereine - von denen nur eine Minderheit dem islamischen Kulturkreis zu zuordnen ist - einer intensiven Überwachung unterzogen werden, wobei die Fahnder insbesondere Finanztransaktionen im Auge haben. Der Ägypter Ahmet Alkhalifa, Vorsteher der größten Münchner Moschee in Freimann beklagt, dass seit mehreren Wochen Besucher der Moschee von Kriminalbeamte in Zivil über ihre Lebensgewohnheiten ausfragt würden – eine Darstellung, die von der Polizei als unzutreffend zurückgewiesen wurde.

Die Führung der Al Quaida habe im katarischen Fernsehsender Al Dschasira erstmals auch Deutschland und Frankreich als Anschlagsziele genannt, begründete Kriminalrat Clemens Merkl bei der Vorstellung der Münchner Ermittlungsgruppe am Mittwoch die verstärkte Überwachung von Ausländern. Rund 200 Millionen Euro sollen den bayerischen Steuerzahler diese Maßnahmen kosten.

Nick Brauns ■

In Albbruck-Stieg brennt es zum vierten Mal

Flüchtlingspolitik des Landkreises Waldshut basiert auf Willkür und Missachtung der Menschenrechte



Am Sonntagmorgen, den 6.10., gegen 1.40 Uhr brannte es zum vierten Mal in der Sammelunterkunft Albbruck-Stieg im Landkreis Waldshut. Gebrannt hat es gleich an zwei verschiedenen Stellen. Niemand weiß, wer die Brandstifter sind. Nur durch einen Zufall wurde niemand ernstlich verletzt. Alle Bewohnerinnen und Bewohner verließen das Gebäude und warteten auf Feuerwehr, Polizei und Rotes Kreuz. Nach 20 Minuten waren die ersten Löschfahrzeuge am Ort. Später wurden die Flüchtlinge vom Roten Kreuz mit heißem Tee versorgt. Noch am selben Tag wurden alle Flüchtlinge in der Turnhalle in Unteralpfen notdürftig untergebracht. Flüchtlinge, die das Wochenende über auf Besuch waren, erfuhren erst am Sonntagabend von dem Brand. Sie durften keine privaten Sachen aus dem Gebäude holen. Die Polizei hatte das Gebäude verriegelt.

Polizei gegen Unterstützer

Am Abend besuchten zwei SAGA-Mitglieder die Turnhalle und wollten sich direkt bei den Betroffenen über den Vorfall informieren. Vom dortigen Sozialarbeiter gab es ohne jegliche Begründung oder Grund sofort einen Hausverweis, obwohl die SAGA-Mitglieder die Turnhalle überhaupt noch nicht betreten hatten. Für ca. fünf Minuten sind die beiden Unterstützer trotzdem in die Halle gekommen und konnten so mit Flüchtlingen sprechen. Die Gespräche mit den Flüchtlingen wurden allerdings vor der Halle weitergeführt. Eine Polizeistreife kam angefahren. Der Sozialarbeiter sprach mit den beiden Polizeibeamten. Kurze Zeit später wurden die beiden Unterstützer aufgefordert den Vorplatz vor der Turnhalle zu verlassen, da ansonsten eine Festnahme erfolgen werde. Die beiden Unterstützer, die noch mit Flüchtlingen sprachen, gingen zum Autoparkplatz und sprachen noch mit einigen Betroffenen. Sofort kam wieder ein Polizeibeamter mit Taschenlampe, forderte zum Verlassen des Geländes auf und setzte den SAGA-Mitgliedern ein Ultimatum von fünf Minuten, „wenn sie die Nacht nicht bei uns verbringen möchten“.

Aus der Presse konnten man vom Polizeisprecher Peter-Georg Biewald erfahren, dass sich das Aufenthaltsverbot auf die gesamte Gemeinde Unteralpfen be-

Hilferuf vom Stieg

Wir, 150 Flüchtlinge aus über 10 Ländern, sind in der Flüchtlingsunterkunft Albbruck-Stieg (Landkreis Waldshut) untergebracht. Die Unterkunft war früher ein Erholungsheim, sie liegt mitten im Wald. Niemand von uns hat selbst entschieden, hier zu wohnen. Wir leben hier völlig isoliert einen fremdbestimmten Alltag, der uns verzweifeln lässt und krank macht. Unsere Bitten und Forderungen nach einer Verbesserung der Lebensbedingungen sind in den Wind gesprochen. Wir werden nicht gehört. Das sind die Gründe, warum wir uns mit diesem Hilferuf an alle Menschen, Gruppen, Organisationen, Verbände und Parteien innerhalb und außerhalb des Landkreises Waldshut, national und international, wenden.

Wir leben hier ganz isoliert: Die öffentlichen Verkehrsmittel fahren nur von 6.50 bis 17.10 Uhr die Unterkunft an, an Wochenenden fährt der Bus nur samstags einmal, sonntags zweimal am Tag. Während der Schulferien gibt es fast keine Verkehrsanbindung. Bekannte, die kein Auto haben, können uns abends nicht besuchen. Niemand darf übernachten. Wir haben keinen Kontakt zu den Einheimischen. In der näheren Umgebung liegen Dörfer mit wenigen hundert Einwohnern. Die nächste Stadt ist 9 km entfernt.

Unsere Kinder können keine Freunde treffen. Wir Kinder werden von den anderen „die Stiegler“ genannt und sind deshalb Außenseiter und werden gehänselt. Niemand will etwas mit uns zu tun haben und niemand kommt uns besuchen. Wir haben Angst. Zitat eines Kindes: „Wir haben keine Freunde in der Schule, aber die im Kindergarten sind anders, da sagte ein Dreijähriger zu mir: ‚willst du mein Freund sein‘“

Uns Eltern ist es durch die schlechte Verkehrsanbindung nicht möglich einen Elternabend in der Schule unserer Kinder zu besuchen.

Wir sind zum Nichtstun verdammt: Es ist für uns sehr schwer, eine Arbeit zu finden. Liegt die Arbeitszeit in den Abendstunden oder am Wochenende, wie es beispielsweise in der Gastronomie oft der Fall ist, können wir wegen der fehlenden Verkehrsanbindung die Arbeit nicht annehmen.

Wir können hier nicht weg: Wir selbst dürfen nur 15 Tage im Jahr – mit einer besonderen Genehmigung – den Landkreis verlassen, die restlichen 350 Tage sollen wir auf dem Stieg bleiben. Wir haben keine Freizeitmöglichkeiten, können keine Freunde treffen, können uns nicht bei Vereinen engagieren, keine Kurse am Abend besuchen und auch nicht an kulturellen Veranstaltungen teilnehmen.

Wir dürfen selbst die alltäglichsten Dinge nicht selbst bestimmen: Wir leben zu zweit, zu dritt oder zu viert in kleinen Zimmern. 4,5 qm sind für jede Person vorgesehen. Wir haben kein Recht auf einen freien Einkauf. Eine alleinstehende Person darf nur am Dienstag in der Zeit von 14 bis 16 Uhr einkaufen und zwar in einem einzigen festgelegten Geschäft. Familien dürfen zweimal in der Woche einkaufen. Kann jemand zu der festgelegten Zeit nicht einkaufen, muss er oder sie bis zur nächsten Woche warten. Hin

zog. Dieser repressive Vorgang wird nun ein juristisches Nachspiel haben. Zwischenzeitlich wurde von der Polizei eine amtliche Begründung für die polizeiliche Gewaltandrohung angefordert. Laut einem Brief der Polizei Waldshut-Tiengen vom 17. Oktober 02 soll eine „Abklärung und Überprüfung" stattfinden, danach soll es einen „abschließenden Bescheid" geben. Eine Dienstaufsichtsbeschwerde und eine Anzeige gegen die Polizei wird nicht ausgeschlossen.

Polizei gegen Flüchtlinge

Am 8. Oktober kam es in Unteralpfen zu einem massiven Polizeieinsatz gegen Flüchtlinge. Wie von Flüchtlingen berichtet wurde, waren 13 Einsatzfahrzeuge und eine hohe Anzahl von Beamten des BGS und der Polizei bei dem Einsatz beteiligt. Drei Flüchtlinge wurden auf dem Vorplatz der Turnhalle grundlos festgenommen und in Handschellen abgeführt. Sie wurden einige Stunden im Polizeirevier in Waldshut festgehalten. Gründe hat man ihnen keine genannt. Nicht zufällig handelt es sich bei den Festgenommenen um Personen, die Kontakt zu Flüchtlingsorganisationen haben. Die Polizei durchsuchte alle Personen der Unterkunft nach Wertsachen, so auch die Kinder. „Hast du das Geld in den Socken versteckt?", wurde ein 13-jähriges Mädchen von einem Polizisten gefragt, als sie wie alle anderen auch, vor dem Einsteigen in den Bus durchsucht wurde. Offensichtlich sollte ein Klischee bedient werden, nachdem „Asylanten" mit Drogen dealen und immer viel Geld in der Tasche haben. Die Polizeiaktion diente der weiteren Stigmatisierung von Flüchtlingen im Landkreis Waldshut. Sie ist entschieden zu verurteilen. Noch am gleichen Tag (8. Oktober) mussten einige Einzelpersonen und Familien wieder zurück in das Gebäude, in dem es gebrannt hatte. Seitdem haben die Bewohnerinnen und Bewohner Angst vor einem erneuten Feuer und damit auch schlaflose Nächte.



Diese Postkarten mit der winterlichen Schwarzwaldidylle können Flüchtlinge für 50 Cent beim Hausmeister kaufen

Appell zu dem Hilferuf

Da die Flüchtlinge nicht weiter isoliert und abgeschnitten von jedem gesellschaftlichen Leben auf dem ca. 700 Meter hohen Stieg leben wollen, wurde die Kritik der Flüchtlinge in einem „Hilferuf vom Stieg" zusammengefasst. Bei einer Unterschriftenaktion, die von den Flüchtlingen selbst durchgeführt wurde, haben bislang über 50 Bewohnerinnen und Bewohner in der Unterkunft den Hilferuf unterschrieben. Mit der Veröffentlichung des Hilferufs Mitte November werden sämtliche Menschenrechts-, Exil- und Flüchtlingsorganisationen sowie die Wohlfahrtsverbände aufgefordert, den Hilferuf in ihren Publikationen weiterzuverbreiten und entsprechend Druck auf das Landratsamt Waldshut auszuüben, so dass eine dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge möglich ist.

was ■

und wieder werden wir beim Einkauf überwacht. Manche von uns dürfen sechs Monate nicht in dem Geschäft einkaufen. Es wird ihnen unterstellt, etwas mitgenommen zu haben. Es gibt aber keine Beweise. Andere müssen dann für diese einkaufen. Manchmal werden Waren, die wir ausgewählt haben, aussortiert. Manche Dinge dürfen wir nicht kaufen, zum Beispiel Spielzeug für die Kinder. Kleider können wir gar nicht in einem Geschäft kaufen: zweimal im Jahr kommt ein Kleiderwagen zum Wohnheim. Darin sind wenige Kleider angeboten, unter denen wir auswählen müssen.

Wir sind dankbar, dass wir hier Aufnahme gefunden haben und Hilfe erhalten! Gleichzeitig kränkt und verletzt uns, dass die Hilfe in dieser Weise gewährt wird: Warum werden wir bevormundet und reglementiert, als wären wir Betrüger oder nicht zurechnungsfähig? Warum werden wir zum Aufenthalt an einem Ort im Abseits gezwungen? Wir fühlen uns ohnehin entwurzelt und verloren und wünschen uns, wieder einer Gemeinschaft anzugehören. Manchmal erkennen wir uns selbst nicht mehr, weil wir kein normales Leben führen können. Immer nur Menschen zu sehen, die nur ein Schatten ihrer selbst sind, das zermürbt auch.

Zwei Frauen haben in der Unterkunft Selbstmord begangen. Einige von uns sind in ärztlicher Behandlung und können die Isolation nur durch Einnahme von Medikamenten aushalten. Viele von uns sind krank und können nicht genesen.

Viermal hat es in der Unterkunft gebrannt. Wir wissen nicht, wer das Feuer gelegt hat. Zuletzt hat es am Sonntagmorgen, den 6. Oktober 2002, gebrannt, gleich an zwei Stellen. Nur durch Zufall wurde niemand verletzt. Viele standen in den Nachthemden vor dem brennenden Gebäude, bis nach ca. 20 Minuten die Feuerwehr und das Rote Kreuz kamen. Nachdem wir zwei Nächte in der Turnhalle in Unteralpfen untergebracht und versorgt worden waren, wurde ein Teil von uns in das Heim im Stieg zurückgebracht. Wer nicht zurück wollte, wurde mit polizeilichem Druck zurückgezwungen. Auch einige Familien mit Kindern wollten nicht zurück. Wir wohnen seitdem in dem Teil der Unterkunft, der vom Feuer nicht beschädigt wurde. Aber auch in diesem Teil gab es schon eine Brandstiftung. Wir können nicht schlafen und halten es nicht mehr aus. Wir fordern die Schließung der Flüchtlingsunterkunft in Albbruck-Stieg, bevor es zu weiteren Opfern kommt.

Einige von uns haben einen Brief verfasst und wollen diesen an den UNHCR in Berlin schicken.

● Wir möchten weg aus dieser Unterkunft.

● Wir möchten in einer normalen Wohngegend in einer normalen Wohnung leben.

● Wir möchten auswählen und einkaufen, wie es normal ist.

● Wir möchten Verwandte und Freunde besuchen, ohne einen Antrag stellen zu müssen.

● Wir möchten, dass die Hilfe, die wir hier bekommen, uns nicht ausgrenzt und nicht demütigt. ■

Unterschriften von 49 im Stieg lebenden Bewohnern (inkl. Kinder) aus Irak, Türkei, Pakistan, Indien, Kosovo, Guinea, Congo, Syrien und Algerien.

Kampagne gegen Abschiebungen, Abschiebehaft und Abschiebelager



Bild von der Aktion in Köln im Museum Ludwig

Am 2. November fand unter dem Motto „Tag der offenen Tür" ein bundesweiter Aktionstag gegen Abschiebung, Abschiebehaft und Abschiebelager statt, u.a. in Berlin, Düsseldorf, Köln, Ingelheim, Hamburg, Hannover, Leipzig, Nürnberg, Regensburg, Rendsburg und Tübingen.

Dieser Aktionstag bildete den Auftakt zu einer bundesweiten Kampagne. Anlass ist die in Deutschland derzeit stattfindende Entwicklung, als Ergänzung zur Abschiebehaft ein neues Modell von Zwangsmaßnahmen gegen Flüchtlinge zu etablieren: Abschiebelager, die verharmlosend Ausreisezentren genannt werden. Diese neue Form der Ausgrenzung und Abschottung von Flüchtlingen und MigrantInnen ist im neuen sog. Zuwanderungsgesetz das ab 2003 in Kraft treten soll, ausdrücklich vorgesehen.

Die in diesen Lagern festgehaltenen Menschen sollen unter weitest gehendem Entzug ihrer Persönlichkeitsrechte und massivem behördlichen und psychologischen Druck zur freiwilligen Ausreise gezwungen werden. Die bereits bestehenden Modellprojekte in Braunschweig, Oldenburg und Bramsche (Niedersachsen), Ingelheim (Rheinland-Pfalz) und Halberstadt (Sachsen-Anhalt) sowie Fürth (Bayern) zeigen, dass diese Zwangsmaßnahmen mehr als die Hälfte der Betroffenen in die Illegalität treiben.

Mit der Bundeskampagne wollen die beteiligten Gruppen eine alternative Position zur derzeitig ausschließlich wahrnehmbaren Meinung in Bezug auf Flucht und Migration etablieren. Diese alternative Position setzt nicht auf ein rigides Abschiebesystem, sondern räumt allen 6 Milliarden Mitgliedern der „menschlichen Familie" (Allgemeine Erklärung der Menschenrechte) das Recht ein, vor Verfolgung, Armut und Hunger zu fliehen und ihren Lebensmittelpunkt ihrer menschlichen Würde gemäß frei zu wählen. Sie fordern das Ende von Abschiebungen, Abschiebehaft und Abschiebelagern im Bewusstsein, dass Deutschland seine Verpflichtung zum Flüchtlingsschutz vernachlässigt: Während Großbritannien nach Angaben von Pro Asyl im Jahr 2001 ca. 40% aller Flüchtlinge Schutz gewährte, lag diese Quote in Deutschland 2001 bei 21,19% (nach §16a GG und Genfer Flüchtlingskonvention) und befindet sich seitdem im freien Fall (Jan. – Sept. 2002 nur noch 5,46%). Diese geringe Anerkennungsquote kann nicht den Flüchtlingen allein angerechnet werden, denn sie ist als beabsichtigtes Ergebnis der Asylgesetzänderung von 1993 hausgemacht.

Ebenfalls hausgemacht ist damit die gegenläufig steigende Zahl der Flüchtlinge, deren Asylbegehren abgelehnt wurden, die somit ausreisepflichtig sind, jedoch einen vorübergehenden Abschiebeschutz (Duldung) bekommen, da sie weder ausreisen noch abgeschoben werden können. Das sind derzeit 230.000 Menschen, 150.000 von ihnen leben bereits seit mehr als 5 Jahren in Deutschland. *www.abschiebehaft.de* ■

Bericht von Insassen des Abschiebelagers Fürth

Die Zimmer sind ca. 15 qm groß, für zwei Personen. Es gibt eine Toilette, zwei Duschen, eine Waschmaschine und einen kaputten Trockner. Die Küche ist spartanisch eingerichtet, den Herd muss man alle 5 Minuten wieder einschalten, weil er sich danach automatisch abschaltet. Das Essen ist auf das notwendigste beschränkt, es wird täglich in Esspaketen ausgegeben, die noch schlechter sind als die Pakete im Heim nebenan.

Es gibt 40 Euro Taschengeld monatlich. Handys werden registriert, d.h. die Nummern notiert. Fernsehen und Radio sind untersagt. Die Residenzpflicht ist auf Fürth beschränkt, d.h. es ist verboten, das Stadtgebiet von Fürth zu verlassen. Wird jemand beim Übertreten ertappt, bekommt er ein Bußgeld, was ihn, weil er es nicht bezahlen kann, und sich die Bußgelder häufen, ins Gefängnis, erst in Strafhaft, danach in Abschiebehaft und nach gescheiterter Abschiebehaft wieder zurück ins Abschiebelager bringen kann. Arbeit und der Besuch von Deutschkursen sind untersagt. Die medizinische Versorgung ist beschränkt, es muss vor dem Arztbesuch ein Krankenschein beim Sozialamt geholt werden, häufig werden nur Schmerzmittel verschrieben, d.h. Symptome behandelt.

Besuch ist nicht gestattet, nur mit Genehmigung der Regierungsbehörden, auch nicht, wenn eine ausdrückliche Einladung eines Lagerinsassen vorliegt. Ein Besucher, der einmal über den Zaun geklettert ist, um einen Bekannten zu besuchen, wurde von der Polizei festgenommen, aus dem Lager begleitet und zur Bushaltestelle gebracht. Er bekam überdies eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Die zynisch klingende offizielle Begründung für die Verweigerung von Besuch ist „der Schutz der Privatsphäre der Insassen".

Das Lager ist umzäunt, am Eingang ist ein Drehkreuz, das elektronisch geöffnet und geschlossen wird. Tag und Nacht sitzt ein Wachmann des Wach- und Schließdienstes Arndt hinter einem Fenster am Eingang. Der Wachmann übernimmt auch Hausmeisteraufgaben. Es gibt keine schriftliche Hausordnung, das einzige Personal ist der Wachdienst, was der Willkür Tür und Tor offenlässt.

Nachts patroulliert der Wachdienst ca. stündlich mit Hund und bewaffnet mit Schlagstock und Elektroschockgerät durch das Lager, ca. 6 bis 7 Mann. Die Polizei schaut auch allabendlich mal vorbei. Die Insassen können das Lager verlassen, es gibt auch kein Zeitlimit. Sie müssen sich allerdings beim Verlassen und Wiederbetreten des Lagers von Wachdienst registrieren lassen, d.h. der Wachmann notiert die Zeit, wann jemand geht und kommt und betätigt dann den elektrischen Drehkreuzöffner. Es ist auch bei Androhung von Taschengeldentzug untersagt, außerhalb des Lagers zu übernachten.

Bis jetzt haben 47 Personen Einweisungsbescheide erhalten, davon sind über die Hälfte untergetaucht, 2 Afrikaner wurden mit Handschellen ins Lager gebracht, von den ca. 12–15 Menschen, die sich dauerhaft im Lager aufhalten, wollen 5 das Land verlassen, weil sie die Verhältnisse dort nicht ertragen. Die meisten kommen aus GUS-Staaten, weil die Behörden sich ausrechnen, dass mit diesen Staaten Rückführungsabkommen

geschlossen werden können. Bisher sind die meisten GUS-Staatler Russen, es gibt aber auch einen Tschetschenen, der einen Einweisungsbefehl bekommen hat, obwohl er bisher mit einer deutschen Frau zusammengelebt hat, gemeinsam gemeldet war und Heiratspläne hat. Das Konfliktpotenzial ist abzusehen, wenn Tschetschenen, Russen, Weißrussen, Georgier, Armenier und Aserbeidschaner auf so engem Raum zusammengepfercht werden. Auch dies erscheint als ein Teil der Zermürbungsstrategie.

Alle zwei Tage sind Befragungen. Wer zu den Befragungen nicht erscheint, dem wird das Taschengeld gekürzt. Die Befrager versuchen die Leute zu überreden: „Geh doch nach Russland zurück, da ist es schön. Da kannst du eine Firma gründen und Material aus Deutschland mitnehmen. Hier hast du keine Perspektive, geh zurück nach Russland, da hast du es besser.“ Und das zu Menschen, die von 40 Euro Taschengeld im Monat leben, die z. T. vor dem Kriegsdienst in Tschetschenien geflohen sind, und denen bei Rückkehr heftige Strafen (zwischen 10 und 25 Jahre Gefängnis) drohen und sich der russische Staat weigert, sie überhaupt noch als Staatsbürger anzuerkennen und Papiere auszustellen. Systematischer Zynismus als Strategie zur Zermürbung.

Ein Insasse des Lagers ist schon seit elf Jahren in Deutschland, hat Freunde und Bekannte hier und entspricht daher so überhaupt nicht dem Bild des gerade frisch Eingetroffenen , der sich gar nicht erst hier integrieren soll. Seine bestehenden Beziehungen werden zerschlagen, da er aus Bamberg kommt und wegen der Residenzpflicht nicht dorthin fahren darf. Ein anderer sitzt in diesem Lager, dessen Eltern schon als ZwangsarbeiterInnen in Deutschland arbeiten mussten und dessen Mutter eine Entschädigung von 400 DM vom Roten Kreuz bekam!

Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen Nürnberg, www.ausreisezentren.cjb.net ■

Schönbohm sucht Zusammenarbeit mit Rechtsextremen

Junge Freiheit Nr. 47/02, 15. November 2002

Sehr bewusst hat der Innenminister und stellvertretende Ministerpräsident von Brandenburg Jörg Schönbohm der Jungen Freiheit vom 15.11. ein Interview gegeben, davon kann ausgegangen werden. Als Innenminister weiß er, was er da getan hat. Er ist ja dafür zuständig, auch die Junge Freiheit zu beobachten. Aber er beobachtet sie nicht, sondern macht sie hoffähig und holt das Blatt aus seiner rechten Ecke heraus. Schönbohm hat gezielt einen Tabubruch begangen.

Mit Empörung haben viele kritische Geister die prominenten Interviewpartner des Blattes immer wieder zur Kenntnis genommen. Ein Innenminister bzw. stellvertretender Ministerpräsident war aber noch nie dabei. Insofern ist der Vorgang ein Tabubruch von bundesweiter Bedeutung.



Schönbohm im Gespräch mit Stein (JF)

Schönbohm ist über sich und die rechtsextremen Kreise etwas verbittert. Hat er doch schon immer diese Kräfte angesprochen und versucht für die CDU zu mobilisieren, so ist ihm dies nur zum Teil gelungen. Der Hinweis, die Partei seines Innenministerkollegen aus Hamburg, – die Schillpartei – habe der CDU den Wahlsieg genommen, ist nicht von der Hand zu weisen. Die Schillpartei erhielt mit 1,7% (bundesweit 0,8%) nach Hamburg in Brandenburg eines der besten Ergebnisse. Dazu kommt, dass in Brandenburg die NPD bei den Bundestagswahlen mit 1,5% (1998: 0,8%) ein absolutes Spitzenergebnis bekam und bundesweit nur 0,4% erhielt (alles Zweitstimmen).

Auch deshalb ist Schönbohm den Rechtsextremen einen Schritt entgegen gegangen, er muss sie direkt vereinnahmen, anders kann er die norddeutschen Rechten nicht ansprechen und da ist die Junge Freiheit als Transmissionsriemen zwischen Rechtsextremen und Konservativen das richtige Mittel.

Schönbohm hat also in jeder Hinsicht keinen Beitrag zum Kampf gegen den Rechtsextremismus geleistet. Als rechter, konservativer Politiker konnte er keine rechten Kräfte binden, ja man kann sogar behaupten, er hat diese Kräfte gestärkt. Insofern sind seine Ausfälle gegen den „Aufstand der Anständigen“ ungeheuerlich und verlogen.

Er behauptet, in dieser Phase „steigen die rechtsextrem motivierten Straftaten parallel sprunghaft an. Seit dem Abflauen des ‚Kampfes gegen Rechts‘ sind auch diese Straftaten wieder rückläufig.“

Schönbohm verharmlost nicht nur die rechtsextremen Anschläge, sondern macht sogar noch die Demokraten und die Bewegung gegen Rechts für die Anschläge verantwortlich.

Schönbohm ist zu weit gegangen, aber ob das die CDU weiß?

Jörg Detjen ■

Ausschnitte aus dem Interview sind auf Seite 16 nachzulesen.

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Auszüge aus dem Interview der Jungen Freiheit mit Jörg Schönbohm, Innenminister von Brandenburg und stellv. Ministerpräsident

Dieter Stein / Moritz Schwarz (JF): Herr Minister, die CDU-Parteivorsitzende Angela Merkel nennt als Gründe für die Niederlage der Union bei der Bundestagswahl den mangelnden Erfolg der Partei in urbanen Milieus und bei jungen Leuten. Eine Analyse der Konrad-Adenauer-Stiftung (JF43/02) kommt dagegen zu dem Ergebnis, daß die Union bei ihrer Stammwählerschaft der über 60jährigen die entscheidenden Prozente verloren habe.

Schönbohm: … Vergessen dürfen wir auch nicht die bereits erfolgten Einbürgerungen über den Doppelpass. Ich unterstelle mal, dass es Rot-Grün dabei in erster Linie um wahltaktische Entscheidungen, nicht um Integration ging. ... Als weiterer Faktor muß das Antreten der Schill-Partei genannt werden, die immerhin fast ein Prozent bekommen hat. Wäre die nicht angetreten, dann sähen die Verhältnisse in Berlin heute ganz anders aus.

JF: Tatsächlich geht es nicht nur um Wohlstand und Rente, sondern – und das machen sich die Menschen nicht klar – um das Verschwinden der Deutschen als historische und soziale Kategorie, eben als Volk.

Schönbohm: Es ist richtig, daß wir in diesem Land eigentlich ernsthaft die Frage diskutieren müßten, ob wir wirklich das deutsche Volk schrittweise reduzieren wollen. Denn das wird in der Tat am Ende dieses Prozesses stehen. Wir würden sozusagen in den Staub der Geschichte fallen. Deshalb halte ich eben die Vorschläge zur Egalisierung aller Lebensformen für falsch und sehe gar die Pflicht, an der Familie festzuhalten. Dies gilt ebenso beim Thema Nation – schon darum, weil wir ohne die Nation die deutsche Einheit nicht erklären können. Und deshalb sind auch die heute gerne verlachten klassischen bürgerlichen Tugenden, wie Erziehung, Leistung und Verantwortung wieder so wichtig. …

JF: Wie bewerten Sie das NPD-Verbotsverfahren unter dem Gesichtspunkt seines Anlasses, des Bombenattentates auf die Düsseldorfer S-Bahn-Station im Sommer 2000, das offenbar nicht auf das Konto von Rechtsextremisten geht?

Schönbohm: Ich habe bereits früher gesagt, daß ich es für unverantwortlich gehalten habe, sofort Rechtsextremisten für diese Tat verantwortlich zu machen, ohne irgendwelche Anhaltspunkte dafür zu haben. Dies gilt ebenso für den Anschlag auf die Düsseldorfer Synagoge einige Wochen später, der sich dann als Anschlag im Kontext des Palästina-Konfliktes herausstellte. Dennoch wurde nach dem S-Bahn-Attentat nicht zum Kampf gegen Rechtsextremismus, sondern zum „Kampf gegen Rechts“ aufgerufen. Ich habe an solchen Veranstaltungen allerdings nie teilgenommen, sondern klargemacht: „Ich nehme keine Kerze in die Hand, sondern das Schwert des Rechtsstaates“. Diese Äußerung hat mir sehr viel Ärger eingebracht, was ja schon für sich spricht. Was da insgesamt wirkte, war verordneter, moralisch überhöhter Aktionismus und der wurde schließlich sogar noch parteipolitisch gegen die CDU instrumentalisiert. Die treibenden Kräfte dabei waren die Herren Thierse und Fischer.

JF: Im Zuge des „Kampfes gegen Rechts“ gelang es, die linksradikale These, der Rechtsextremismus komme „aus der Mitte der Gesellschaft“, in der gesellschaftlichen Mitte zu verankern.

Schönbohm: Mit der heißen Phase des „Aufstandes Zuständiger und Anständiger gegen Rechts“ stiegen die rechtsextrem motivierten Straftaten parallel sprunghaft an. Seit dem Abflauen des „Kampf gegen Rechts“ sind auch diese Straftaten wieder klar rückläufig. Und jetzt stellt vor allem Herr Thierse diese These auf: Da der Rechtsextremismus aus der Mitte der Gesellschaft komme, fände er nun verdeckt, nicht mehr offen statt. Was damit bezweckt werden soll ist klar: Nämlich den Diskurs der verschiedenen politischen Lager – der notwendig zu einer lebendigen Demokratie gehört – zu unterbinden, um das konservative Lager erneut matt zu setzen. ... Das können wir nicht hinnehmen. ■

Schönbohm als Innenminister nicht mehr tragbar

Zum Junge-Freiheit-Interview von Innenminister Jörg Schönbohm erklärt Cornelia Behm, bündnisgrüne Bundestagsabgeordnete aus Brandenburg:

Mit Entsetzen habe ich das Interview gelesen, dass der Brandenburgische Innenminister Schönbohm der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ gegeben hat.

Laut Bundesverfasssungsschutzbericht von 2001 ist die Junge Freiheit ein Forum für rechtsextreme Autoren. Es ist unglaublich, dass ein Innenminister einer solchen Zeitung Interviews gibt. Schlimmer aber noch ist, was er da sagt.

Herr Ministerpräsident, Sie haben sich in ihrer Regierungserklärung zu einem toleranten Brandenburg bekannt. Ich fordere Sie auf: Tun sie etwas dafür und entlassen Sie Ihren Innenminister Schönbohm.

Es ist ungeheuerlich, dass Herr Schönbohm der Aussage zustimmt, dass „es beim Kampf gegen Rechts nicht wirklich um das Problem des Rechtsextremismus geht, sondern darum, die Union unter Druck zu setzen“. Es ist ebenso ungeheuerlich, dass er den „Aufstand der Zuständigen und Anständigen“ beim Kampf gegen den Rechtsextremismus als „verordneten, moralisch überhöhten Aktionismus“ und als „Anstands-Inszenierung“ verhöhnt. Mit seinen Aussagen stellt er den Grundkonsens der demokratischen Parteien beim Kampf gegen den Rechtsextremismus in Frage.

Schönbohm behauptet, dass „mit der heißen Phase des Aufstandes Zuständiger und Anständiger gegen Rechts die rechtsextrem motivierten Straftaten parallel sprunghaft anstiegen“ und dass „seit dem Abflauen des Kampfs gegen rechts auch diese Straftaten wieder klar rückläufig sind“. Der Innenminister verdreht hier in schamloser Weise Ursache und Wirkung! Ein Innenminister, der mit seinen Aussagen all die Menschen verhöhnt, die sich gegen den Rechtsextremismus engagieren, ein Innenminister, der meint, V-Männer dürften Straftaten begehen, und der strafverfolgenden Justiz auch noch vorwirft, sie führe einen politischen Prozess, ein solcher Innenminister ist für den Rechtsstaat nicht tragbar. Wenn die Brandenburger CDU ihrem Landesvorsitzenden nicht völlig hörig ist, dann muss sie ihn in Rente schicken. Ich hoffe, die CDU hat im Interesse Brandenburgs den Mut dazu.

Cornelia Behm (MdB)
cornelia.behm@bundestag.de ■